

Holzarbeiter-Zeitung

Nr. 28
38. Jahrgang

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

Berlin,
12. Juli 1930

Erscheint wöchentlich am Sonnabend. / Der Bezugspreis beträgt monatlich 50 Pfennig. Zu beziehen durch sämtliche Postanstalten. Die Mitglieder des Verbandes erhalten die Zeitung unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Kauter, Berlin.
Redaktion und Expedition: Berlin SO. 10, Am Römischen Parc 2.
Telefon: Amt Hannover 62 46.

Gewerkschaftsanzeigen werden nach Tarif berechnet.
Arbeitervermittlungen 50 Pfennig die Millimeterzeile.
Verbandsanzeigen kosten 30 Pfennig die Millimeterzeile.

Brunnenvergiftung.

Lohnabbau ist zurzeit die große Mode. Was das Unternehmertum in großem und kleinem Maßstabe praktisch übt und von der Reichsregierung gebilligt und gefördert wird, wird von den Goldschreibern des Kapitals mit aufdringlichem Eifer in der Presse gepredigt. Zahlreich sind die Kanäle, durch welche die Auffassung des Unternehmertums weitesten Volkskreisen eingehämmert wird, die Auffassung nämlich, daß eine umfassende Lohnherabsetzung notwendig sei, um die daniederliegende Wirtschaft in Gang zu bringen.

Eine großzügige Brunnenvergiftung wird verübt, man bemüht sich, eine geistige Epidemie zu erzeugen, um das Volk in den Glauben zu versetzen, daß ein energisches Anziehen des Schmachtriemens der deutschen Wirtschaft zum Nutzen gereiche und die Voraussetzung sei für einen künftigen Aufstieg. Unter dem Eindruck einer in ähnlicher Weise erzeugten Massenpsychose hat man in der Zeit, als die Arbeiterschaft unter den Folgen des fortschreitenden Währungsverfalls auf das äußerste ausgehungert war, die Kassen der Gewerkschaften durch die Inflation geleert und dadurch die Widerstandskraft der Gewerkschaften gelähmt war, einen Feldzug zur Verlängerung der Arbeitszeit unternommen. Um ihn wirksam zu machen, wurde der Schutz der Tarifverträge durch die Arbeitszeitverordnung vom 21. Dezember 1923 aufgehoben. Ähnliches wird auch jetzt wieder geplant. Immer lauter wird das Verlangen der Scharfmacher nach einem Gesetz, das die geltenden Tarifverträge aufhebt, um eine wirksame Herabsetzung der Löhne zu ermöglichen.

Der Sturmhauf des Unternehmertums findet natürlich auch Unterstützung bei einer sogenannten Wissenschaft. Warum auch nicht. Das interessierte Unternehmertum erweist sich dankbar für eine „wissenschaftliche“ Beweisführung, die die profitlichen Pläne des Kapitals unterstützt. Man hat diese „Wissenschaft“ besonders während des Krieges zur Genüge kennen gelernt. Heute lächelt man über die „wissenschaftliche“ Aufklärung, die uns damals z. B. bezüglich der Ernährung gegeben wurde. Bald wird man auch über die Volkswirtschaftler lächeln, die zur höheren Ehre des Kapitals die Wissenschaft mit dem Nachweis prostituierten, daß das Aushungern und das Verelenden der Volksgenossen die besten Mittel zur Hebung der deutschen Volkswirtschaft seien.

In den Diensten dieser geistigen Brunnenvergiftung hat sich u. a. auch die vom Hamburgischen Weltwirtschafts-Archiv der Universität Hamburg herausgegebene Wochenschrift „Wirtschaftsdienst“ begeben. In der Nummer 25 dieser Zeitschrift unternimmt es ein Herr Egon Bandmann, eine wissenschaftlich drapierte Attacke für kräftigen Lohnabbau zu reiten. Nach seiner Auffassung kann die Arbeitslosigkeit nur durch Herabsetzung der Löhne bekämpft werden. Die Löhne müssen so niedrig sein, daß es für den Kapitalisten rentabler ist, sein Geld in Löhnen als in festverzinslichen Schuldforderungen, wie Hypotheken, zu investieren.

Der Kapitalist zahlt Arbeiterlöhne doch nur für die Erzeugung von Waren. Und er läßt Waren nur herstellen, wenn für sie Absatz vorhanden ist. Um Absatzmöglichkeit zu schaffen, muß die Masse kaufkräftig sein, und die Masse ist nur kaufkräftig, wenn die Arbeiter einen Lohn haben, der so hoch ist, daß auch nach der Befriedigung der allernotwendigsten Lebensbedürfnisse noch etwas übrigbleibt. Mit diesen Gedankengängen gibt sich Bandmann nicht ab. Für ihn genügt es, daß die Löhne so niedrig sind, daß die Kapitalanlage in Arbeiterlöhnen profitabler ist als eine andere Kapitalanlage.

Zu diesem Zweck muß „eine nicht unbeträchtliche Lohnreduktion vorgenommen werden“. Wollte man die Arbeitszeit auf 7 Stunden verkürzen,

dann wäre, wenn das ohne Lohnausgleich geschieht, der Lohnabbau erreicht, aber der Unternehmer hat nicht die Möglichkeit, den Lohnabbau zur Steigerung seines Gewinnes auszunutzen. Also geht das nicht. Erst recht nicht eine Arbeitszeitverkürzung mit Lohnausgleich.

Bandmann setzt sich auch mit der Kaufkrafttheorie auseinander. Wenn, wie er vorschlägt, die Löhne durchschnittlich um 8 bis 10 Prozent gesenkt werden, dann wird dadurch die Kaufkraft nicht gesenkt, sondern nur anders verteilt. Zwar sinkt dann die Kaufkraft für Konsumgüter, sie steigt aber für Produktionsmittel. Denn es werden doch mehr Arbeiter beschäftigt. Was diese produzieren sollen, wenn die Kaufkraft für Konsumgüter noch weiter sinkt, das ist die unbequeme Frage, der Bandmann sorgfältig aus dem Wege geht. Aber er ist kein Unmensch, er will den Lohnabzug staffeln. Arbeitern, die brutto nicht mehr als 20 Mk. pro Woche verdienen, will er diesen fürchtlichen Verdienst unverkürzt lassen. Natürlich müssen die Bezieher höherer Verdienste um so kräftiger angefaßt werden. „Immerhin scheint mir die Summe von 45 Mk. als künftiger Wochenlohn für einen gelernten Industriearbeiter als Richtschnur dienen zu können. Auch hier wäre eine stufenweise Kürzung angebracht, die bei den überstarren Akkordlöhnen anzufangen hätte.“ So sagt Bandmann wörtlich, und das Unternehmertum wird es ihm danken. Der „Wirtschaftsdienst“ hatte bisher noch einiges an Ansehen zu verlieren. Er legt aber anscheinend keinen Wert mehr darauf, als ein objektives Organ betrachtet zu werden, sonst könnte er die Wissenschaft nicht in solcher Weise malträtieren lassen, wie es in dem Bandmannschen Aufsatz zum Nutzen des Unternehmertums geschieht.

Wie schwer es ist, den Lohnabbau vernünftig zu begründen, zeigt Dr. Otto Reit, der sich dieser Aufgabe in der „Industrie- und Handelszeitung“ vom 25. Juni unterzieht. Er geht von dem Deynhauser Schiedsspruch aus und dem Widerspruch, den die Lohnsenktungsaktion ausgelöst hat. Wörtlich sagt er:

„Besonders bemerkenswert war jedoch die der Tendenz nach fast einmütig ablehnende Aufnahme, die der Schiedsspruch im Ausland gefunden hat. Ich selbst habe dies aus nächster Nähe feststellen können, da ich mich zur Zeit, als der Schiedsspruch erging, auf einer Vortragstournee in London befand. In Gesprächen mit Persönlichkeiten aus allen Kreisen des englischen Wirtschaftslebens, der Unternehmer, der Gewerkschaften, der Finanz, sowie mit Politikern, Wirtschaftsjournalisten usw., überall begegnete man Kopfshütteln, ja teilweise Erbitterung darüber, daß man in Deutschland gerade im gegenwärtigen Augenblick, wo die Kaufkraft auf der ganzen Welt einen so niedrigen Stand erreicht hat, zu einer weiteren willkürlichen Herabsetzung der Kaufkraft schreite. Ich habe häufig die allergrößte Mühe gehabt, meinen Diskussionspartnern drüben auseinanderzusetzen, daß dies selbstverständlich nicht die Absicht der deutschen Wirtschaftspolitik, aber auch bestimmt nicht die Folge der jetzt ergriffenen Maßnahmen sein könne. Man hat mich gar zu gern immer wieder auf das Beispiel der Vereinigten Staaten verwiesen, die mit ihrer Politik der hohen Löhne so große Erfolge erzielt haben — also die bekannte Kaufkrafttheorie, die sich auch in Deutschland großer Beliebtheit erfreut.“

Bei seinen Versuchen, Verständnis für den Deynhauser Schiedsspruch und die Lohnabbauaktion zu wecken, geht Dr. Reit davon aus, daß die Löhne in Deutschland künstlich überhöht seien. Dadurch sei die Produktion verteuert worden, und das habe zu Entlassungen geführt. Werden die Löhne gesenkt, dann steigt die Beschäftigung. „Der Sinn der Aktion ist nicht eine Verkleinerung der in der deutschen Wirtschaft gezahlten Lohnsumme, sondern ihre Umlegung auf eine größere Zahl von Beschäftigten.“ Auch hier wieder der durch nichts zu beweisende Gedankengang, daß bei niedrigem Lohn der Beschäftigungsgrad steigt.

Der Lohnabbau im Deynhauser Schiedsspruch wurde bekanntlich mit einem Versprechen des Preisabbaues garantiert, und Dr. Reit hat sich besondere Mühe gegeben, seine Londoner Freunde darüber aufzuklären, „daß eine allgemeine, generelle Senkung des gesamten Preisniveaus in Deutschland selbstverständlich nicht in Frage kommen könnte“. Vielmehr sei es Aufgabe unserer Wirtschaftspolitik, die künstliche Verschiebung im deutschen Preisystem zu beseitigen, wie es insbesondere eingetreten ist durch „die Überhöhung einer ganzen Anzahl von Rohstoff- und Halbwarenpreisen, die der freien Marktwirtschaftlichen Bestimmung mehr oder weniger entzogen sind“. Zu den künstlich überhöhten Warenpreisen gehört vornehmlich auch der Eisenpreis, und Dr. Reit erblickt in dem Deynhauser Schiedsspruch den Beginn einer Senkung der überhöhten Warenpreise.

Daß die Eisenpreissenkung, wie sie von der nordwestlichen Gruppe vorgenommen wurde, nur eine Dekoration, die Lohnsenkung aber eine sehr reale Tatsache ist, stört Dr. Reit nicht sonderlich, und so ist seit Auflassung der Unternehmerraktion, die in erster Linie die Senkung des Lohnniveaus verfolgt und diese Absicht mit dem Gerede vom Preisabbau zu verbrämen sucht.

Die Not der Arbeiterschaft, verschärft durch die riesige Arbeitslosigkeit, ist ein Gegenmittel gegen die Versuche, eine Massenpsychose herbeizuführen und den Glauben zu verbreiten, als ob der Weg zur Belebung der Wirtschaft nur über den Lohnabbau führe. Das Propagieren dieses Gedankens ist Brunnenvergiftung, der wir nachdrücklich entgegenzutreten müssen. Erst recht müssen wir uns gegen die Versuche wehren, den Lohnabbau in die Tat umzusetzen. Die zurzeit geltenden Löhne stehen auf einem Niveau, das eine Erhöhung sehr gut vertragen könnte. Die groß aufgezogene Aktion zum Abbau der Löhne ist ein Verbrechen am deutschen Volk, gegen das wir uns auf das schärfste zur Wehr setzen.

Zur Befreiung des Rheins.

Von Wilhelm Sölmann.

Die Befreiungsfeiern am Rhein und im übrigen Deutschland sind verrauscht. Abwärts standen die Patentpatrioten und die allein echten Nationalen, soweit sie nicht wie der Landesherr Schiele ein Ministeramt zieren. Herr Schiele freilich, der vor wenigen Monaten noch neben Hügenberg und Hitler das Volksbegehren führte, das die Young-Politiker einschließlich Hindenburg mit Zuchthaus bedrohte, unterzeichnete nun frisch-freudlich die amtliche Kundgebung mit, die dieser selben Young-Politik Dank und Lob spendet.

Die Republik versteht sich noch wenig in Szene zu setzen. Nicht einmal der Reichstag unterbrach seine Arbeit an dem Tage, der die so lange schwer umkämpften Gebiete für immer in die Souveränität des Reichs und der Länder zurückführte. Ein paar schmucklose herzliche Worte des Präsidenten am Schluß einer durchschnüffeligen Sitzung: das war alles, was die Volksvertretung für diesen geschichtlichen Tag aufgebracht hat. Man nehme einmal an, es wäre nicht der republikanisch-sozialdemokratischen, sondern der monarchistischen Politik gelungen, die Rheinlande zu befreien: welch ein Stolz, welch ein Jubel dann bei den Nationalen! Wie hätten sie sich als die ganzen Kerle ausgespielt, die wieder einmal das Vaterland gerettet haben.

Nun wir wollen uns nicht blähen, aber doch in Ruhe feststellen, daß ohne die sozialistische Friedenspolitik im Reichstage und ohne den Widerstand der Arbeiterorganisationen im besetzten Gebiete dieser Freiheitstag am Rhein nicht erlebt worden wäre. Vom ersten Tage einer separatistischen Gefahr an — das war am 4. Dezember 1918 in Köln — haben die gewerkschaftlichen Organisationen auf der Wacht gestanden.

Die Zerfallserscheinungen, die sich nach der Flucht und dem Abdanken der Fürsten zeigten, sind ein harter Beweis dafür, daß die Monarchien in Deutschland abgewirtschaftet hatten. Wie wenig hatten die Fürstengeschlechter doch für den Reichsgedanken getan. Überall regten sich Stimmen, die eine Lösung von deutschen Staatsgebilden wollten. Am meisten

am Rhein, wo die Bewegung auch am gefährlichsten war, weil man damit rechnen mußte, daß unter französischen Bajonetten ein Pufferstaat unter französischer Vorherrschaft am Rhein entstand.

Da offenbart sich, daß der Organisationsgedanke der Arbeiter eine starke Gewähr für die Reichseinheit bildet. Die freien Gewerkschafter, aber auch die schwächeren christlichen, wehrten sich gegen den Gedanken, ihre in Jahrzehnten aufgebauten mächtigen Organisationskörper durch neue Grenzen zerschneiden zu lassen. Die solidarische Verbundenheit mit den Gewerkschaften im ganzen Reich war ein starker Antrieb für den Widerstand der Arbeiter gegen Separatisten und Franzosen am Rhein.

Hinzu kam, daß die Arbeiter nun einen Staat verteidigten, in dem sie sich die demokratischen Rechte errungen hatten. Was in einem vom Zentrum beherrschten und von den Franzosen protegierten Rheinstaat werden würde, wußte niemand. Es ist sehr fraglich, ob das alte Preußen mit seinem Besitzwahlrecht, mit seinem Ausschluß der Arbeiter von jeder verantwortlichen Staatsarbeit die Massen im besetzten Gebiete so zum Widerstand hätte mobilisieren können, wie es die demokratische Republik vermocht hat. Unmöglich aber hätten entrechtete Arbeiter dieselbe Kraft zur Abwehr aufbringen können, die unsere Klassengenossen am Rhein und Ruhr und Mosel in über 11 Jahren entwickelt haben. Man darf daher sagen, daß die Befreiung des Rheins zugleich ein Sieg des demokratischen Staatsgedankens in der Arbeiterklasse ist. Sie sieht und kennt zwar die Schwächen der Demokratie, aber sie weiß doch auch, daß sie in einer vom Reiche oder nur von Preußen losgelösten Republik viel von ihren jetzigen Rechten hätte einbüßen können.

Nur Leute ohne Sinn für geschichtliche Lehren und für politische Wirklichkeit können sagen, es sei für den Arbeiter gleichgültig, in welchen Landesgrenzen er ausgebeutet werde. Bisher kennt die Geschichte kein Beispiel dafür, daß die Massen eines Volkes, auch die proletarischen Massen eines Volkes, sich für den Anschluß an ein anderes Volk mit fremder Sprache und ganz anderen staatlichen und sozialen Einrichtungen entschieden hätten. Schicksalsstunden haben im Gegenteil immer wieder bewiesen, daß die Verbundenheit mit einem Volke und einem Lande auf Grund alter gemeinsamer Geschichte stärker ist als man vermuten sollte. Einer der lebendigsten Beweise dafür ist Rußland.

Neben der ideellen Zugehörigkeit zu ihrem Volke wird die Arbeiterklasse aber auch stets die Frage bewegen, was sie an Errungenschaften zu verlieren hat, wenn sie aus dem alten Staatsverbande in neues Staatswesen gedrängt wird. Man braucht nur die immerhin unter unserem Einfluß im republikanischen Deutschland hochentwickelte Sozialpolitik mit der in Frankreich und in Polen oder der Tschechoslowakei zu vergleichen, um zu sehen, wie phrasenhaft, hohl es ist, die Bedeutung der Zugehörigkeit zu einem bestimmten Staatswesen zu verneinen. Jede Arbeiterklasse wird innerhalb eines Staates, dessen Entwicklung sie gestaltend mit erlebt hat, ihre Kämpfe ungleich besser und erfolgversprechender führen können als unter einer Fremdherrschaft, die den Arbeiter vom Klassenkampf ablenkt und nationale Streitigkeiten in den Vordergrund rücken läßt.

Schließlich hatte der Verteidigungskampf der Gewerkschaften am Rhein auch eine große außenpolitische Bedeutung: die Befriedung Europas. Wer, wie wir, neue kriegerische Konflikte zwischen Deutschland und Frankreich vermeiden will, mußte dafür sorgen, daß die Besatzung am Rhein möglichst bald ein Ende finde. Die Nationalisten aller Art hatten kein besseres Mittel hüben und drüben die Leidenschaften aufzuspüren als die Besatzungstruppen am Rhein. Die deutschen Heerführer, die fremden Truppen würden nicht eher abrücken, als bis ein Befreiungskrieg sie hinausjagt. Die französischen Heerführer antworteten, die Truppen dürften die strategische Grenze am Rhein nicht preisgeben, weil sonst ein deutscher Rachekrieg früher oder später ausbrechen werde. So arbeitete die Kriegsinternationale eifrig an der Unterminierung Europas.

Sollte etwa die Arbeiterklasse dem ratlos zuschauen? Nein, sie mußte für die Befreiung der Rheinlande sorgen, um Jüdischkeits zwischen Frankreich und Deutschland wegzuräumen. Bisherlich haben auch im Jahre 1871 gedanklose Bürokraten gesagt, es sei gleich, ob die elsäss-lothringischen Arbeiter französisch oder deutsch seien. Tatsache war aber, daß die Annexion der beiden seit Jahrhunderten nur einmal französischen Provinzen durch Deutschland einer der tiefsten Gründe des Weltkrieges wurde. Darf Marx hat das schon im Jahre 1871 klar vorausgesehen. Wir dürfen kein neues Elsas-Lothringen zwischen Frankreich und Deutschland schaffen. Ein Pufferstaat am Rhein wäre das neue Konfliktsland für eine kriegerische Auseinandersetzung in Mitteleuropa geworden.

So hatten wir sehr trübe und weit in die Zukunft reichende Gründe, die friedliche Nacht am Rhein für die deutsche Republik gegen die französischen Generale und gegen Kriegsherrschaften in Deutschland zu halten. Die Gewerkschafter am Rhein erwarten von niemand Dank, aber sie wissen auch, daß ihr Tun in diesem Jahrzehnt vor der Geschichte bestehen kann. Niemals bestand in entscheidenden Fragen ein Gegensatz zwischen den deutschen Gewerkschaftern am Rhein und ihren organisierten Klassengenossen in Frankreich, in Belgien und in England. Im Gegenteil: die Gewerkschaftskollegen in diesen Ländern haben an der Befreiung der Rheinlande mitgewirkt. Jeder dieser fremden Gewerkschaftsführer hat größere Verdienste am Abmarsch der Besatzungstruppen als unsere Schwarz-Weiß-Roten und Patentreuher,

die geradezu für die dauernde Besatzung der Rheinlande — mindestens unbewußt — gewirkt haben.

Es wird mancher Arbeiter am Rhein in den allgemeinen Jubel nicht eingestimmt haben. Mancher, der lange seinen Mann gestanden hat, ist als Eisenbahner abgebaut, ist als Fabrik- oder Bauarbeiter durch die Krise aus Lohn und Brot gebracht worden. Mancher dagegen hat gefeiert und gebedert, der nie etwas getan hat, ja gegen dessen Separatismus und Versackungspläne wir uns fleißig wehren mußten. Wir können nicht jubeln, wenn wir die Not im Lande, wenn wir die ganze Trostlosigkeit unserer Verhältnisse sehen.

Wir atmen auf, weil mit dem Abzug der fremden Truppen der Ausblick auf ein friedliches Europa freier geworden ist. Die Republik hat einen Sieg gegen fremde Generalpolitik und gegen nationalstiftliche Beschränktheit im eigenen Lande erkochten. Das war gewiß ein schwerer Kampf, aber viel schwieriger ist die Aufgabe, die nun vor uns steht: Wirtschaft und Finanzen zu ordnen, Arbeit und ausreichenden Lohn für alle zu schaffen. Gelingt uns das in der Republik und durch die Republik, dann wird sie einen noch viel größeren Erfolg als jetzt erleben und für immer gesichert sein.

Der Abbau der Krankenversicherung.

Die Vereinigung der deutschen Arbeitgeber-Verbände hat in einer kürzlich veröffentlichten Denkschrift, die auch an dieser Stelle besprochen wurde, eine Reihe von Vorschlägen für eine Reform der gesetzlichen Krankenversicherung gemacht. Der ausgesprochene Zweck dieser Vorschläge war eine sehr fühlbare Verschlechterung der Rassenleistungen. Der Reichsarbeitsminister Stegerwald hat sich diese Vorschläge prompt zu eigen gemacht. Den entscheidenden Faktoren liegt ein Gesetzentwurf zum Abbau der Krankenversicherung vor. Der Entwurf gehört zu dem Programm für die Behebung der Finanznöte, und der tiefere Sinn des Gesetzes ist es, wegen der notwendigen Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung die Beiträge für die Krankenversicherung herabzudrücken.

Die wichtigsten Bestimmungen des Gesetzentwurfs beziehen sich auf die folgenden Punkte: Jedes Rassenmitglied, das seine Beiträge regelmäßig gezahlt hat und den Arzt in Anspruch nehmen muß, hat dafür eine Gebühr von 1 Mk. zu zahlen. Das ist der künftige Preis für den Krankenschein. Bei der Entnahme von Arzneien hat der Kranke bei jeder Verordnung 50 Pf. zu zahlen. Der Grundlohn wird von höchstens 10 Mk. auf höchstens 9 Mk. und das Krankengeld auf die Hälfte des Grundlohnes herabgesetzt. Es darf erst vom vierten Werktag an und nur für Werkstage gezahlt werden. Andere Bestimmungen beziehen sich auf die Regelung des fälligen ärztlichen Dienstes und andere Fragen, welche die Mitglieder nicht so unmittelbar berühren, deren Auswirkung sie aber doch zu spüren bekommen.

Bei Bekanntwerden des Gesetzentwurfes hat der Hauptverband deutscher Krankenkassen, der die Vertretung von zwölf Millionen Versicherten ist, zu einer großen Kundgebung aufgerufen, die am 26. Juni in Berlin unter Teilnahme von Vertretern von zahlreichen Krankenkassen aus allen Teilen des Reiches stattfand. In der lebhaften Aussprache, die sich an den Vortrag des geschäftsführenden Vorsitzenden des Hauptverbandes, Helmut Lehmann, angeschlossen waren die Vertreter der Unternehmer und der Arbeiter einmütig in der Ablehnung des Gesetzentwurfes. Das Ergebnis der Aussprache war die Annahme der folgenden Entschliebung:

„Die am 26. Juni 1930 in Berlin zu einer Kundgebung versammelten Landesverbände des Hauptverbandes deutscher Krankenkassen erheben namens der von ihnen vertretenen zwölf Millionen Versicherten schwere Bedenken gegen den von der Reichsregierung vorgelegten Entwurf eines Gesetzes über Änderungen in der Krankenversicherung.

Der Entwurf läßt die seit Jahren von den in der Krankenversicherung tätigen Arbeitgebern und Versicherten aufgestellten Reformvorschlüge grotzenteils unberücksichtigt.

Star, dessen bringt er eine Einschränkung der Leistungen, insbesondere durch die Arzneikostenbeteiligung und die Krankenscheinegebühr, die schon durch ihre Häufigkeit untragbar ist. Die vornehmste Aufgabe der Krankenversicherung, den Kranken schnelle und stets bereite Hilfe zu bringen, wird gerade da, wo sie am nötigsten ist, vereitelt.

Die in dem Entwurf vorgeschlagene Reform des fälligen ärztlichen Dienstes und die beabsichtigten Vereinfachungen der Verwaltungsvorgänge sichern völlig die von der Reichsregierung als notwendig bezeichneten Einsparnisse.

Die geplante weitere Beschneidung des Selbstversicherungszweckes ist ungerechtfertigt und nur geeignet, eine gesunde Weiterentwicklung der Krankenkassen zu stören.

Dagegen läßt der Entwurf die dringend notwendige Vereinfachung in der Organisation durch Beseitigung der Zwergklassen und durch Bildung von Pflichtklassenverbänden bedauerlicherweise vermissen.

An dem Reichstag richten die Verammelten die dringende Bitte, ihre auf Grund jahrzehntelanger tätiger Mitarbeit kundgegebenen Wünsche nicht unberücksichtigt zu lassen. Sie fordern eine gründliche Umgestaltung dieses Gesetzentwurfes zu einer den sozialen Bedürfnissen der Versicherten gerecht werdenden Reform der Krankenversicherung.

Der Entwurf des Reichsarbeitsministers hat inzwischen bereits am 28. Juni die Zustimmung des Reichsrates gefunden. Bei der Beratung legte Minister Stegerwald großes Gewicht auf die Straffsteuer für Rassenmitglieder, die sich krankmelden. Als der Reichsrat trotzdem die Gebühr für den Krankenschein auf 50 Pf. herabsetzte, behielt sich die Reichsregierung vor, in diesem Punkte dem Reichstag eine Doppelvorlage zu machen, also mit starkem Nachdruck für die Krankenscheingebühr von 1 Mk. einzutreten.

Berufs- und Fachschulung in Nachen.

Die Gewerkschaften haben von jeher dem Berufs- und Fachschulwesen ihre besondere Aufmerksamkeit zugewandt. Ist doch die Berufs- und Fachschule gewissermaßen die abschließende Schule für den größten Teil der deutschen Jugend. Der junge Mensch, der nach Beendigung seiner Schulzeit in das Erwerbsleben eintritt und als Handwerkslehrling oder als jugendlicher Arbeiter in der Industrie die Grundlage für eine spätere Existenz sucht, bedarf noch der Weiterbildung in den Elementarfächern und nicht zuletzt auch in der Aneignung derjenigen Kenntnisse, die für das spätere Berufs- und Erwerbsleben erforderlich sind. Hier ist der Berufs- und Fachschule eine wichtige Aufgabe zugewiesen. Der Handwerkslehrling soll insbesondere die theoretischen Kenntnisse für die Ausübung seines Berufes vermittelt bekommen und auch, so weit die praktische Betätigung in Frage kommt, soll die Berufsschule neben der Werkstatt ergänzend wirken.

Die hauptamtlichen Lehrer an den deutschen Berufs- und Fachschulen sind in einer Organisation zusammengeschlossen. Auf der vom 9. bis 12. Juni d. J. in Nachen abgehaltenen Tagung dieser Organisation wurden unter anderem der Entwurf eines Berufsausbildungsgesetzes und die Frage der Einrichtung von Lehrwerkstätten durch die Berufsschule behandelt. Im Rahmen dieser allgemeinen Tagung hielt zugleich die Reichsarbeitsgemeinschaft der Lehrer für das Holzgewerbe eine Unterorganisation, eine Sondertagung ab. An unseren Verband wie auch an den Tischlerinnungsverband und den Wirtschaftsverband für das Holzgewerbe war das Ersuchen gerichtet worden, für diese Sondertagung einen Referenten zu stellen, der, vom Standpunkt seiner Organisation aus gesehen, die Frage: Welche Anforderungen stellen wir an die fachliche Ausbildung der Tischlerlehrlinge durch die Berufsschule? zu behandeln hatte. Von unserer Organisation war Kollege Heinemann als Referent anwesend.

Kollege Heinemann stellte die Aufgabe der Berufsschule in den Rahmen der allgemeinen öffentlichen Erziehungs- und Bildungsstätten und legte zunächst grundsätzlich dar, nach welcher Richtung sich das Wirken der Berufsschule vollziehen muß. Es wurde der allgemeine Aufgabekreis umrissen, der für die fachliche Erziehung der werktätigen Jugend durch die Berufsschule gezogen ist. Die Anforderungen, die an die Ausübung des Tischlerberufes gestellt werden, fanden eine eingehende Behandlung. Ferner wurde dargelegt, auf welche Lehrstufen sich der Unterricht in der Berufsschule erstrecken muß. Dabei wurde auf die teilweise recht mangelhafte Ausbildung in der Lehrwerkstatt verwiesen und eine stärkere Kontrolle und Überwachung der Ausbildung durch Berufsschule und die Organisationen der Arbeiter und Unternehmer gefordert. Auch wurde verlangt, daß durch Einrichtung von Schulwerkstätten die Berufsschule in stärkerem Maße an der praktischen Ausbildung teilnehme. Kollege Heinemann unterließ auch nicht, darauf hinzuweisen, daß sich unsere Organisation die fachliche Erziehung der Lehrlinge durch Veranstaltung von praktischen Lehrkursen (Polier-, Besch-, Intarstenturse) sehr angelegen sein läßt und daß sie auch durch die Herausgabe guter fachlicher Literatur (Fachblatt, Vorkurswerte usw.) an der Vervollkommnung der theoretischen Kenntnisse arbeitet. Die Ausführungen des Kollegen Heinemann wie die von ihm vorgelegten Richtlinien fanden allgemeine Zustimmung, auch ließ der Verlauf der Aussprache erkennen, daß die Berufsschullehrer die Zusammenarbeit mit unserer Organisation zu fördern gewillt ist. H.

Ein gewerkschaftlicher Eigenbetrieb.

Die deutschen Gewerkschaften verfügen bereits über eine erhebliche Zahl von eigenen Betrieben, durch welche sie ihren Willen bekunden, sich praktisch am Wirtschaftsleben zu beteiligen. Das private Kapital sucht das Aufkommen solcher Konkurrenz nach Möglichkeit hinauszuhalten. Um so größer ist unsere Befriedigung, wenn man feststellen kann, daß gewerkschaftliche Eigenbetriebe florieren und sich aller Hindernisse ungeachtet gut entwickeln. Das gilt insbesondere von der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, die einen Einbruch der Gewerkschaften in das ureigenste Betätigungsbereich des Kapitals bedeutet. Eine Gründung dieser Bank sind die Lindcar-Fahrradwerke, von denen hier die Rede sein soll.

Das Fahrrad ist das Beförderungsmittel des kleinen Mannes. Viele benutzen es, um auf die billigste Weise den Weg von der Wohn- zur Arbeitsstätte zurückzulegen; für andere ist es das Instrument zur Betreibung eines gesunden Sports. Jedenfalls rekrutiert sich die Kundschaft der Fahrradfabriken in weit überwiegendem Maße aus der werktätigen Bevölkerung. Die Erzeugnisse der Lindcar-Fahrradwerke sind anerkannt gut und preiswert. Der Gewinn der Werke kommt der Arbeiterschaft zugute, denn er fließt der Gewerkschaftsbewegung zu. Deshalb sollte jeder Arbeiter, der sich ein Fahrrad anschaffen will, seinen Bedarf bei den Lindcar-Fahrradwerken decken.

Die Lindcar-Fahrradwerke beschäftigen etwa 200 Arbeiter in ihrem Betrieb in Lichtenrade bei Berlin zu Arbeitsbedingungen, die günstiger sind als die tariflichen Bedingungen, die in den privaten Fahrradwerken gelten. Ihre Erzeugnisse werden aus Niederlagen vertrieben, die in allen Teilen des Reiches errichtet sind. Der Verkauf erfolgt gegen bar, doch werden den Gewerkschaftsmitgliedern bequeme Abzahlungen gestattet. Die Lindcar-Fahrradwerke sind ein gesundes und leistungsfähiges Unternehmen. Es verdient das Vertrauen und die Unterstützung der Arbeiterschaft. Wer ein Fahrrad braucht, erhält bereitwillig jede Auskunft in den Niederlagen der Lindcar-Fahrradwerke. Wo eine solche nicht besteht, wende man sich an den Ortsanschlus des ADGB.

Der Vorläufige Reichswirtschaftsrat.

Der Vorläufige Reichswirtschaftsrat kann auf ein zehnjähriges Bestehen zurückblicken. Er wurde errichtet auf Grund der Verordnung vom 4. Mai 1920. Am 30. Juni 1920 ist er in feierlicher Sitzung eröffnet worden. Seine Grundlage hat er im Artikel 165 der Reichsverfassung, in dem ausgesprochen ist, daß die Arbeiter und Angestellten berufen sind, gleichberechtigt in Gemeinschaft mit den Unternehmern an der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen sowie an der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte mitzuwirken. Zur Wahrnehmung ihrer sozialen und wirtschaftlichen Interessen erhalten, so heißt es in der Reichsverfassung, die Arbeiter und Angestellten gesetzliche Vertretungen in Betriebsarbeiterräten sowie in nach Wirtschaftsgebieten gegliederten Bezirksarbeiterräten und in einem Reichsarbeitsrat. Von diesem in der Reichsverfassung vorgesehenen Räteaufbau besteht gesetzlich nur die unterste Stufe. Durch das Gesetz vom 4. Februar 1920 sind die Betriebsräte eingeführt. Die Schwierigkeiten, die sich bisher der Schaffung der Mittelstufe entgegenstellten, sind noch nicht behoben. Als „Ersatz“ für die Oberstufe gilt der Vorläufige Reichswirtschaftsrat.

In der erwähnten Verordnung, durch welche der Vorläufige Reichswirtschaftsrat ins Leben gerufen wurde, ist von den ihm gestellten Aufgaben nur sehr wenig die Rede. Das Wesentlichste steht im Artikel 11 dieser Verordnung, wo es heißt: „Sozialpolitische und wirtschaftspolitische Gesetzentwürfe von grundlegender Bedeutung sollen von der Reichsregierung vor ihrer Einbringung dem Reichswirtschaftsrat zur Begutachtung vorgelegt werden. Er hat das Recht, selbst solche Gesetzentwürfe zu beantragen. Er wirkt beim Aufbau der in der Reichsverfassung vorgesehenen Arbeiterräte, Unternehmervertretungen und Wirtschaftsräte mit.“ Bei dieser ziemlich allgemeinen Fassung kann man sagen, daß der Reichswirtschaftsrat das ist, was er aus sich macht. Diefem Gedanken gab auch der Reichskanzler Fehrenbach Ausdruck, als er in seiner Rede bei der Eröffnung des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates sagte: „In der Bedeutung, die der Reichswirtschaftsrat sich durch seine Tätigkeit zu geben vermag, liegt seine Stellung fester verankert als in Artikeln oder Paragraphen des Gesetzes.“

Der Vorläufige Reichswirtschaftsrat besteht nach der Verordnung aus drei Abteilungen (1. Unternehmer; 2. Arbeiter; 3. freie Berufe, Beamte, Verbraucher und besondere Sachverständige) in 10 Gruppen mit 326 Abgeordneten, von denen die Vertreter der Unternehmer und Arbeiter, der freien Berufe, Beamten und Verbraucher durch deren wirtschaftliche Vereinigungen, die Sachverständigen vom Reichsrat und von der Reichsregierung zu benennen waren. Die Organe des Reichswirtschaftsrates sind der Vorstand, die Ausschüsse und die Hauptversammlung. Als Hauptausschüsse waren zwei vorgesehen: ein wirtschaftspolitischer und ein sozialpolitischer, zu denen später ein solcher für Finanz- und Steuerpolitik hinzu kam.

Die erste Tätigkeit des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates fand in der Öffentlichkeit ein lebhaftes Echo. Das lag zum Teil daran, daß die Plenarsitzungen öffentlich waren. Später fielen aber diese Sitzungen ganz fort. Als mit der Stabilisierung der Währung die Notwendigkeit eintrat, an den Reichsausgaben zu sparen, wurde der Etat des Reichswirtschaftsrates gehörig zusammengestrichen. Die Plenarsitzungen fielen fort. Nur die Hauptausschüsse blieben bestehen. Die Mitglieder, die diesen Ausschüssen nicht angehören, das sind zwei Drittel der Gesamtzahl, dürfen wohl ihren Titel weiterführen, aber sie sind seither nicht wieder in Tätigkeit getreten. Dem Reichswirtschaftsrat wurden auch die Flügel insofern gestutzt, als er nur noch mit Zustimmung der Regierung eigene Anträge beraten kann.

Die Organe des Reichswirtschaftsrates sind paritätisch zusammengesetzt. Als geschäftsführende Vorsitzende wurden bei der Errichtung der Vertreter der landwirtschaftlichen Unternehmer v. Braun und der Vorsitzende des ADGB, Legien, gewählt. Beide sind inzwischen gestorben. In ihrer Stellungener seither v. Siemens und Leipart. In der Geschäftsführung wechseln die beiden Vorsitzenden halbjährlich ab.

Die Tätigkeit des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates spielt sich jetzt im wesentlichen unter Ausschluß der Öffentlichkeit in den Ausschüssen und Unterausschüssen ab; nur die Ergebnisse werden der Öffentlichkeit mitgeteilt. Dadurch mag es kommen, daß nur ein verhältnismäßig kleiner Personenkreis vollen Einblick in die reiche Tätigkeit hat, die von den Ausschüssen des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates entfaltet wird. Die Bedeutung dieser Arbeit darf nicht unterschätzt werden. Alle großen Gesetzgebungswerke sind im Reichswirtschaftsrat vorbereitet worden, ehe der Reichstag seine entscheidenden Beschlüsse faßte. Hierbei kommen die Gesetze auf wirtschaftspolitischen Gebieten in Betracht, die das Zoll- und Handelsvertragswesen, die Demobilisierung, Stilllegungen, Patentwesen, Urheberrecht betreffen, auf sozialpolitischen Gebieten die der Arbeitszeitregelung, Erwerbslosenfürsorge, Arbeitsvermittlung, Arbeitslosenversicherung, Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung, Heimarbeit, Hausangestelltenrecht, Arbeitsnachweise, Berufsverbände, Vergarbeitsgesetz, dazu die internationalen Übereinkommen über Arbeiterschutz, auf finanzpolitischem Gebiete zahlreiche steuerrechtliche Fragen. Tausende von Sachverständigen aus allen Teilen und Wirtschaftsgebieten Deutschlands sind in diesen Fragen gehört und Hunderte von Gutachten an die Ministerien erstattet worden. Darüber hinaus hat der Arbeitsausschuß, dem die Vorbereitung eines Gutachtens über die Anwendung des § 7 der Arbeitszeitverordnung auf gesundheitschädliche Betriebe übertragen wurde, nicht weniger als 100 Betriebe mit weit

über 200 Betriebsanlagen der verschiedensten Industrien selbst befragt, um die streitigen Fragen an Ort und Stelle unter Bernehmung von Sachverständigen selbst zu klären, und bereits in 12 Gutachten seiner Aufgabe genügt.

Dabei ist aber der Reichswirtschaftsrat trotz seiner zehnjährigen Tätigkeit immer noch der „Vorläufige“, und es besteht auch bei der Reichsregierung anscheinend keine starke Neigung, die längst vorbereiteten Gesetze zur Bildung des endgültigen Reichswirtschaftsrates zur Verabschiedung zu

Platz dem Kapital!



Die Ansammlung von Kapital darf durch die Sozialpolitik nicht behindert werden.

bringen. Der Reichswirtschaftsrat selbst will aus dem Provisorium heraus. Sein Vorstand hat am 18. Juni einstimmig die folgende Entschliessung angenommen:

„Nachdem der Volkswirtschaftliche Ausschuss des Reichstags die Beratungen der Gesetzentwürfe über den endgültigen Reichswirtschaftsrat am 27. Mai dieses Jahres abgeschlossen hat, vertritt der Vorstand des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates einmütig die Ansicht, daß eine weitere Verzögerung der Verabschiedung der Gesetzentwürfe durch das Plenum des Reichstags der Wirtschaft gegenüber nicht mehr zu rechtfertigen ist.“

Am 14. Juli 1928 wurden die Gesetzentwürfe beim Reichstag eingebracht. Seitdem sind bald zwei Jahresverfloßen, in welcher Zeit immer wieder, nicht nur vom Vorläufigen Reichswirtschaftsrat, sondern auch von den Spitzenorganisationen der Unternehmer und Arbeiter die Forderung erhoben wurde, den provisorischen Vorläufigen durch den endgültigen Reichswirtschaftsrat zu ersetzen. Diese Forderung ist niemals dringlicher gewesen als in der gegenwärtigen Zeit.

Der Vorstand richtet deshalb an den Herrn Reichswirtschaftsminister das dringende Ersuchen, im Reichstag dahin zu wirken, daß die Gesetzentwürfe über den endgültigen Reichswirtschaftsrat so bald als irgend möglich zur Verabschiedung gelangen.“

Dieser Appell hat anscheinend bewirkt, daß der Reichstag die zweite Lesung des Gesetzes über den Reichswirtschaftsrat in Angriff genommen hat. Ob es aber gelingt, das Gesetz noch in dieser überlasteten Sommertagung zu erledigen, steht dahin.

Der Genossenschaftstag in Lübeck.

Der 27. Genossenschaftstag des Zentralverbandes Deutscher Konsumvereine, der am 16. Juni in Lübeck eröffnet wurde, war von etwa 1500 Delegierten besetzt. Der Tagung voraus ging eine großartige Kundgebung der Lübecker Genossenschaft aus Anlaß des 25jährigen Bestehens des Konsumvereins für Lübeck und Umgegend. In seinem wirtschaftspolitischen Rückblick auf das Jahr 1929 konnte der Vorsitzende, Heinrich Lorenz, auf die günstige Entwicklung hinweisen, welche die Konsumvereine trotz der schwierigen Wirtschaftslage genommen haben. Mit aller Schärfe protestierte er gegen die hoshafte Schikanen, mit welchen die bürgerlichen Parteien und die Reichsregierung die Konsumvereine verfolgen. „Wir müssen uns“, so schloß er, „bei kommenden Wahlen die politischen Parteien und deren Vertreter daraufhin ansehen, wie sie zur wirtschaftlichen Organisationsfreiheit der minderbemittelten Volkskreise stehen.“

Über die Entwicklung des Zentralverbandes Deutscher Konsumvereine sprach Vollrath Klepzig (Hamburg). Die Zahl der Genossenschaften verminderte sich von 1924 auf 991, dagegen stieg die Zahl der Mitglieder von 2 896 756 auf 2 992 278. Die Konsumgenossenschaften des Zentralverbandes erzielten 1929 einen Umsatz von 1242 Millionen Mark. Die Zahl der Verteilungsstellen stieg 1928/29 von 9605 auf 16 124. Der Grundbeiz der Konsumgenossenschaften beträgt gegenwärtig 220 Millionen Mark gegen 100 Millionen Mark in der Vorkriegszeit. Hugo Västlein nahm Veranlassung, in seinen Vorträgen gegen die Steuerbelastung, die Ausnahmeumsatzsteuer und sonstige Steuerdrucksformen einer leidvollen Ausnahmegesetzgebung ganz energisch zu protestieren. In den einstimmig angenommenen Entschliessungen verwahrte sich der Genossenschaftstag gegen diese Bestrebungen.

Über internationale genossenschaftliche Angelegenheiten sprach Rasch (Hamburg). Derselbe Redner behandelte auch die

Rechtspredung der Zivil- und Finanzgerichte gegen die Konsumvereine. Er betonte dabei den Klassenjustizialen Charakter der Rechtspredung. Die Beispiele, die Rasch in seinem Vortrage erwähnte, würde man für ungläublich halten, wenn sie nicht tieftraurige Tatsachen wären. Die Genossenschaften müssen sich ganz energisch gegen derartige einseitige Entscheidungen der Justiz wehren.

Der Lübecker Genossenschaftstag war eine Kampftagung. Es ist aber auch notwendig, daß sich die Konsumvereine wehren und ihren Kampfwillen nachdrücklich betonen. Die Genossenschaftsbewegung ist eine große Volksbewegung. Sie legt ihren Angehörigen keine materiellen Opfer auf, sondern sie bringt ihnen greifbare Vorteile. Gerade deshalb ist sie das Ziel niedriger Verfolgungen der Kreise, die es nicht verwünden können, daß die wertvolle Bevölkerung durch die Deckung des Bedarfs im eigenen Konsumladen den Profit der Krämer schmälert. Der Kampf der Krämer gegen die Konsumgenossenschaften muß beantwortet werden durch eine intensive Werbeaktion für diese Einrichtung.

Der Jahresabschluss der Volksfürsorge.

Anfang Juni tagte die Generalversammlung der Aktionäre und genehmigte den vom Vorstand und Aufsichtsrat vorgelegten Rechenschaftsbericht über das Jahr 1929. Es war — wie in jedem Jahre um diese Zeit — eine Zusammenkunft von berufenen Vertretern der freien Gewerkschaften und deutschen Konsumgenossenschaften, die die Gründer und Aktionäre des Unternehmens sind. Aus dem Bericht des Vorstandes der Volksfürsorge geht hervor, daß Ende vorigen Jahres ein Bestand von 1 918 207 Volks- und Lebensversicherungen mit rund 783 Millionen Mark Gesamtversicherungssumme vorhanden war. Von den am Jahreschluß insgesamt in Deutschland laufenden 11 bis 12 Millionen Volks- und Lebensversicherungen zählte also ein Sechstel allein zum Bestande der Volksfürsorge. Dabei muß man berücksichtigen, daß rund 80 private und öffentlich-rechtliche Lebensversicherungsbetriebe — von kleineren unbedeutenden „Versicherungseinrichtungen“ abgesehen — in Deutschland konkurrieren.

Das Jahr 1929 brachte der Volksfürsorge 580 638 Versicherungsanträge. An Einnahmen aus Prämien und Kapitalerträgen ergaben sich 45,8 Millionen Mark. Die Versicherungsleistungen bei Sterbefällen beliefen sich auf 2,9 Millionen Mark; bis jetzt seit November 1923 (Beendigung der Inflation) sind rund 10 Millionen Mark ausgezahlt. 8360 Sterbefälle wurden im vorigen Jahre reguliert. An der Spitze stehen mit 949 Fällen die Infektionstrantheiten, dann folgen mit 907 Fällen die Unfälle; Krebs kam in 670 Fällen als Todesursache vor, Selbstmord in 372 Fällen, Entbindungen und Wochenbettkrankheiten in 187 Fällen, Tuberkulose (ohne Lungentuberkulose) in 112 Fällen.

Die Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 1929 weist einen Überschuf von nahezu 9,9 Millionen Mark aus, der auf Beschluß der Generalversammlung wie folgt verteilt wurde: Je 5 Prozent, das ist ein Betrag von je 494 000 Mk., zusammen rund 1 482 000 Mk., nach § 39 des Gesellschaftsvertrages dem gesetzlichen Reservefonds, dem Kriegesreservefonds und dem Fonds besonderer Reserven. Weitere 50 000 Mk. dienen als Verzinsung des von den Gewerkschaften und Genossenschaften aufgebrachtten Aktienkapitals. Den Aktionären der Volksfürsorge fließen also keine Aktionärsdividenden zu. Den mit Gewinnanteil Versicherten der Volks- und Lebensversicherung werden unter Hinzunahme der 1928 verrechneten, infolge Ausscheidens der Versicherten aber nicht gutgeschriebenen Gewinnanteile insgesamt rund 8,4 Millionen Mark als Gewinnanteile gewährt. Das entspricht: 30 Prozent der gewinnberechtigten Jahresprämie der Volks- und 35 Prozent der gewinnberechtigten Jahresprämie der Lebensversicherung. Die Gewinnanteile werden verzinst (der Zinsfuß für die gutgeschriebenen Gewinnanteile ist für das im Jahre 1929 beginnende Versicherungsjahr auf 7 Prozent festgesetzt worden) und bei Fälligwerden der Versicherungsleistung mit ausgezahlt. Die tarifmäßige Versicherungssumme wird durch diese jährlich angesammelten und verzinsten Gewinnanteile beträchtlich erhöht. Rund 20 Millionen Mark machen bereits die den Versicherten der Volksfürsorge zustehenden Gewinnanteile und Zinsen aus. Der Grundsatz: „Alle Gewinne den Versicherten!“ kommt also bei der Volksfürsorge praktisch zur Durchführung.

Die Volksfürsorge ist als Unternehmen der Arbeiterchaft an deren Wohlergehen nicht nur menschlich, sondern auch geschäftlich stark interessiert. Geht es der Arbeiterchaft gut, dann finden die Vertrauenspersonen der Volksfürsorge auf den Werbegängen bei den Leuten ein willigeres Ohr. Die Volksfürsorge, Ende 1912 gegründet, hat die Kriegs- und Inflationszeit verhältnismäßig gut überstanden; sie entwickelte sich in wenigen Jahren zu einem bedeutenden und anerkannten Versicherungsunternehmen, dem von den Gewerkschaften und Genossenschaften zwei Hauptaufgaben gestellt wurden, die sie in vorbildlicher Weise löste: Allen Volksgenossinnen und -genossen eine gute und billige Lebensversicherung zu bieten und als wichtiges Kreditinstitut zur Förderung der sozialen und gemeinnützigen Bestrebungen der Arbeiterbewegung auf dem Gebiete der Selbsthilfe zu dienen.

Wögen bald die Anzeichen einer Besserung auf dem Arbeitsmarkte kommen; dann werden auch viele Arbeiter, denen es jetzt verlagert ist, den Weg zur Volksfürsorge finden, die gegenwärtig 2 Millionen Polizen hat. In der Volksfürsorge hat sich die deutsche Arbeiterchaft ein Werk geschaffen, das zu gewaltigen Leistungen berufen ist.



Aus dem Verbandsleben



Die Wahlen zu den Betriebsvertretungen 1930.

Anfang März haben wir in der „Holzarbeiter-Zeitung“ darauf hingewiesen, daß der Verbandsvorstand bei allen Verwaltungsstellen eine Umfrage über das Betriebsrätewesen vorgenommen hat. Aus der Beantwortung sollte ein Überblick gewonnen werden, in welchem Umfange die Betriebsvertretungswahlen durchgeführt worden sind und wie sich überhaupt das Betriebsrätegesetz nach zehnjährigem Bestehen bewährt. Die Aufarbeitung und Zusammenstellung der zahlreichen und zum Teil sehr umfangreichen Berichte erfordern naturgemäß einige Zeit; jedoch liegt das zahlenmäßige Ergebnis über die Durchführung der Wahlen nunmehr abgeschlossen vor. Zusammenfassend kann vorweg festgestellt werden, daß in der Durchführung der Wahlen zu den Betriebsvertretungen eine erfreuliche Besserung eingetreten ist. Zwar haben nicht alle Verwaltungsstellen auf unsere Umfrage geantwortet. Aus insgesamt 1165 Verwaltungsstellen sind 725 Berichte eingegangen. Dabei ist aber zu berücksichtigen, daß es in der Holzindustrie und den verwandten Gewerben, für die unser Verband zuständig ist, noch sehr viel kleine Betriebe gibt, für die das Betriebsrätegesetz keine Geltung hat. Nur Betriebe mit mindestens fünf wahlberechtigten Beschäftigten (davon drei wählbaren) haben Anspruch auf eine gesetzliche Betriebsvertretung. Allein von den 725 berichtenden Verwaltungsstellen teilen 96 mit, daß am Ort keine vertretungsberechtigten Betriebe sind, und bei der überwiegenden Zahl der nichtberichtenden Verwaltungsstellen darf ohne weiteres daselbe angenommen werden. Es handelt sich dabei fast ausschließlich um kleine Verwaltungsstellen. Insgesamt waren zur Zeit der Erhebung in den Verwaltungsstellen, die nicht berichtet haben, 74 459 Mitglieder. Davon entfallen aber allein auf etwa ein Duzend zum Teil sehr großer Verwaltungsstellen, die leider trotz erfolgter Mahnung keine Angaben gemacht haben, rund 45 000 Mitglieder.

Man geht also wohl nicht fehl, wenn man aus den gewonnenen Ergebnissen allgemeine Schlüsse auf den Stand des Betriebsrätewesens im Gebiete unserer Organisation zieht. Das zahlenmäßige Ergebnis der Umfrage sieht so aus: Berichtet haben 725 Verwaltungsstellen mit 239 232 Mitgliedern (gleich 76,3 Prozent der gesamten Mitgliederzahl). In 629 von diesen Verwaltungsstellen mit 238 670 Mitgliedern waren insgesamt 6128 Betriebe mit 193 390 Beschäftigten, die das Recht hatten, eine gesetzliche Betriebsvertretung (Betriebsrat oder Betriebsobmann) zu wählen. Von diesem Recht wurde in 4430 Betrieben mit 167 838 Beschäftigten Gebrauch gemacht. Das sind 72,3 Prozent der Betriebe und 86,8 Prozent der Beschäftigten. Dieses Verhältnis verschiebt sich, wenn man die Zahlen getrennt nach Betrieben mit einem Betriebsrat und solchen mit einem Betriebsobmann betrachtet:

Anspruch auf einen Betriebsrat hatten 2435 Betriebe mit 156 887 Beschäftigten.
Gewählt wurde in 2106 Betrieben (= 86,5%) mit 144 628 Beschäftigten (= 92,2%).
Anspruch auf einen Betriebsobmann hatten 3693 Betriebe mit 36 503 Beschäftigten.
Gewählt wurde in 2324 Betrieben (= 62,9%) mit 23 210 Beschäftigten (= 63,6%).

Ohne Betriebsrat verblieben also nur 7,8 Prozent der Beschäftigten, ohne Betriebsobmann dagegen 36,4 Prozent. Allerdings handelt es sich, den absoluten Zahlen nach, in beiden Fällen um einen ungefähr gleich großen Kreis von Beschäftigten, nämlich 12 239 und 13 293, die keine gesetzliche Betriebsvertretung gewählt haben. Aber die Prozentzahlen zeigen deutlich, daß in den Kleinbetrieben, die nur einen Obmann zu wählen haben, weniger Regung zur Durchführung der Wahl besteht als in den Betrieben mit einem Betriebsrat. Über die Ursachen dieser Erscheinung gibt eine ganze Anzahl der eingelangten Berichte Aufschluß. Diese Frage verdient eine besondere Behandlung, da in der Holzindustrie die Obmannsbetriebe eine ziemlich Rolle spielen.

Im ganzen gesehen ist das vorstehende Ergebnis recht befriedigend. Gegenüber früheren Jahren ist zweifellos ein Fortschritt zu verzeichnen, wie sich aus einer Gegenüberstellung der jetzigen Erhebung mit den Ergebnissen einer Umfrage an der Jahreswende 1926/27 ergibt. Allerdings ist die damals nur die Zahl der vertretungslosen Betriebe, nicht aber die der vertretungsberechtigten festgestellt; hier der Erhebungsergebnis ist in beiden Fällen ein ähnlicher. Demnach wurden 81 Prozent der Verbandsmitglieder erfasst, damals 76,3 Prozent.

Erhebung	Beschäftigte Betriebe		Vertretungslose Betriebe		Vertretungsberechtigte Betriebe	
	anzahl	Mitglieder	anzahl	Mitglieder	anzahl	Mitglieder
1926	569	213 103	634	27 044	1447	14 073
1930	629	233 670	329	12 250	1369	13 293

Die Abnahme der vertretungslosen Betriebe und noch mehr der Beschäftigten ist unvorstellbar. Deutlich zeigt sich

aber auch hier, wie sich das Verhältnis zuungunsten der Obmannsbetriebe verschoben hat. Nach den Zahlen für 1926 entfielen auf sie von den Beschäftigten in vertretungslosen Betrieben 34,2 Prozent, 1930 dagegen 52 Prozent, also mehr als die Hälfte.

Wenn wir also im ganzen dem Ziel „Kein Betrieb ohne Betriebsvertretung“ ein gutes Stück nähergekommen sind, so muß doch in den kleinen Betrieben, die nur einen Obmann zu wählen haben, noch weit mehr als bisher auf die Einleitung und Durchführung der Wahlen gedrungen werden. Unter den Gründen, die dafür angegeben werden, daß keine Wahl zustande kam, kehrt einer sehr häufig wieder: die Belegschaften sind gänzlich oder zum großen Teil unorganisiert. Da kann es dann vorkommen, daß wohl die Einsetzung eines Wahlleiters erfolgt, wozu jetzt bekanntlich durch die Abänderung des Betriebsrätegesetzes eine wirksame Handhabe gegeben ist, daß sich aber niemand bereit findet, das Amt eines Betriebsobmannes anzunehmen. Wer den Weg zur Organisation noch nicht gefunden hat, wird sich auch schwerlich bereit finden, auf andere Weise für seine Kollegen einzutreten. Darum ist und bleibt die Betriebsrätefrage zum guten Teil eine Organisationsfrage. Wenn es gelingt, alle Holzarbeiter dem Verbandszugehörigen, wird auch in allen Betrieben, die einen Anspruch darauf haben, eine gesetzliche Betriebsvertretung gewählt werden. 0-2.

Anschluß der Verwaltungsstelle Spandau an Berlin.

Die früher selbständige Stadt Spandau ist seit dem Jahre 1920 ein Teil der Stadt Berlin. Die dort bestehende Verwaltungsstelle unseres Verbandes hat aber trotz des erfolgten Zusammenschlusses der politischen Gemeinden ihre Selbständigkeit behalten. Mit den Bestimmungen des Verbandsstatuts und der Verbandstagsbeschlüsse über diesen Gegenstand ist das zwar nicht recht vereinbar gewesen, aber weder vom Verbandsvorstand noch von der Berliner Ortsverwaltung ist ein Druck in der Richtung auf den Zusammenschluß ausgeübt worden. Es entspricht das einer alten Übung. Die Erfahrung hat gelehrt, daß notwendige Zusammenschlüsse benachbarter Verwaltungsstellen sich am so glatter und reibungsloser vollziehen, wenn sie das Ergebnis freier Entschlüsse der Beteiligten sind. So führte auch die Verwaltungsstelle Spandau unbehelligt ihr Eigenleben als letzte aus dem großen Kranz von selbständigen Verwaltungsstellen, die früher Berlin umgaben, inzwischen aber längst in der Berliner Verwaltungsstelle aufgegangen sind. Nun ist auch Spandau den gleichen Weg gegangen. Wie die „Mitteilungen“ der Berliner Ortsverwaltung melden, hat eine Mitgliederversammlung in Spandau am 24. Juni die von den beiderseitigen Ortsverwaltungen vereinbarten Übertrittsbedingungen bekräftigt. Mit dem 1. Juli wurde der Anschluß vollzogen.

Lohnerhöhung in Berlin.

In dem Stande der Verhandlungen über die Erneuerung des Mantelvertrages für das Berliner Holzgewerbe ist zwar keine Änderung eingetreten, aber für die Berliner Kollegen ist trotzdem eine Erhöhung des Lohnes um 1 Pf. pro Stunde fällig geworden. Das ist eine Auswirkung der in dem Lohnabkommen vom 5. Mai 1928 vereinbarten Mietklausel. Diese besagt, daß von dem festgesetzten Lohn 17,4 Pf. pro Stunde auf die Miete entfällt. Bei Eintritt gesetzlicher Mietsteigerungen erhöhen sich die Tariflöhne und die Löhne sämtlicher in Zeitlohn und in Akkord beschäftigten Arbeiter um den entsprechenden Betrag. Der Fall ist nun eingetreten. Durch die vom Preussischen Landtag beschlossene Erhöhung der Grundvermögenssteuer, die auf die Mieten umgelegt werden kann, sind diese um 4 Prozent gestiegen. Die Vereinigung der Arbeitgeberverbände der Berliner Holzindustrie hat die vertragliche Verpflichtung anerkannt und ihre Mitglieder aufgefordert, ab 1. Juni den über 22 Jahre alten Arbeitern als Mietausgleich 1 Pf. pro Lohnstunde zu zahlen.

Die Holzarbeiter im Elß.

Seit der Vereinigung von Elß-Lothringen mit Frankreich haben die direkten Beziehungen der dortigen Kollegen zu unserem Verband aufgehört. Aber auch indirekt erfährt man recht wenig über den Stand der Organisation. Soweit uns bekanntgeworden ist, besteht eine Organisation für das Oberelß, die der kommunistisch orientierten Landeszentrale in Frankreich angeschlossen ist. Außerdem besteht eine Organisation für das Unterelß mit dem Sitz in Straßburg. Vorsitzender ist Kollege E. Anoblauch, Rue St. Gotthard 31. Dieser Verband ist völlig selbständig. Er ist weder der Internationalen Union der Holzarbeiter angeschlossen noch auch einer der beiden rivalisierenden gewerkschaftlichen Landeszentralen in Frankreich. Diese Abstinenz ist aber nicht etwa eine Folge von Gleichgültigkeit, sondern von der Sorge um

Mit Lesmann Stefan Kimmner ist am 28. November d. J. ein

die Erhaltung der Einigkeit der Mitglieder diktiert, die verschiedenen politischen Lagern angehören. Über die Organisation der Holzarbeiter in Lothringen ist uns überhaupt nichts bekannt.

Die Straßburger Kollegen geben ein monatlich erscheinendes Blättchen heraus, das uns aber nicht regelmäßig zugeht. Das Blatt ist in deutscher Sprache geschrieben, hat aber, der sprachlichen Landesfärbung entsprechend, einen in französischer Sprache gehaltenen bzw. deutsch-französischen Kopf. Das Blatt heißt „L'ouvrier du Bois, Organ des Holzarbeiter-Verbandes du Bas-Rhin“. Der Juni-Nummer des Blattes entnehmen wir einen Bericht über Lohnbewegungen im Oberelß. Hiernach haben die Kollegen in Mühlhausen Lohnforderungen gestellt und wegen ungenügender Zugeständnisse am 26. April die Arbeit eingestellt. Schon am 28. April kam es zu einer Verständigung; der Lohn wurde sofort um 20 Ctms. pro Stunde erhöht und dazu kommen ab 1. Juli weitere 10 Ctms. Die Löhne betragen nunmehr für die Altersstufe von 18 bis 20 Jahren 2,50 bis 3,80 Fr., von 20 bis 22 Jahren 3,80 bis 4,50 Fr., über 22 Jahre 4,40 bis 5,— Fr. — Die gleichen Forderungen wie in Mühlhausen stellten die Kollegen in Grewiller, und sie traten deswegen am 6. Mai in den Streik. Hier beträgt der Lohn seither nur 4,10 Fr. Die Kollegen rechnen mit einer längeren Dauer des Streiks. — Neuere Nachrichten zufolge wurde dieser Streik am 10. Juni erfolgreich beendet. Der Lohn wurde um 20 Ctms. erhöht, wozu am 1. Juli eine Zulage von weiteren 20 Ctms. kommt.

Eine Abtötung für die schlesischen Tischler.

Die vom Obermeister Mühlbach ausgegebene Parole, „keinen organisierten Tischlergesellen in den Tischlereibetrieben Schlesiens zu beschäftigen“, hat zu einer Kontroverse geführt, in deren Verlauf weder Herr Mühlbach noch sein Syndikus Dr. Reichenbach irgendwelche Neigung bekundeten, sich dahin erklären zu lassen, daß solcher Artus nicht getrieben werden dürfe. Es hatte sogar den Anschein, als beabsichtigte die Leitung des Verbandes Schlesischer Tischlerinnungen, ihren Kriegsruf auf dem Mitte Juni in Glatz abgehaltenen Verbandstag noch extra zu bekräftigen. Ob das geschehen ist, geht aus dem veröffentlichten Bericht über die Tagung nicht hervor. Vermutlich ist Herr Mühlbach noch vorher ein entsprechender Wink des Regierungspräsidenten zugegangen.

Von dem schlesischen Kriegsruf gegen die organisierten Tischlergesellen hat nämlich auch der preussische Handelsminister Kenntnis erhalten, und er hat sich dazu unter dem 12. Juni folgendermaßen geäußert:

„Ich habe den Regierungspräsidenten in Breslau ersucht, die in Betracht kommenden Innungen und Innungsverbände aufzufordern, Äußerungen zu unterlassen, welche mit der in § 81a, Ziffer 2 der Gewerbeordnung enthaltenen Innungsaufgabe der „Förderung eines gedeihlichen Verhältnisses zwischen Meistern und Gesellen“ im Widerspruch stehen.“

Wir hatten die Angelegenheit mit der Veröffentlichung über das schlesische Pöffenpiel in Nummer 25 der „Holzarbeiter-Zeitung“ als erledigt betrachtet. Es erscheint uns aber nicht überflüssig, noch von dem Rüssel Notiz zu nehmen, den der preussische Handelsminister dem braven Obermeister Mühlbach übermittelt ließ.

Ein Schwabenstreik.

Der Verband württembergischer Holzwaren- und Holzspielwarenfabriken mit dem Sitz in Ulm hat seine Jahresversammlung am 14. Juni in Stuttgart abgehalten und damit das Jubiläum seines zehnjährigen Bestehens verbunden. Auf der Versammlung wurden die bekannten Sklagelieder über die zu hohen Löhne und die Kosten der Sozialversicherung gelungen. In der angenommenen Entschließung wird Abbau der Arbeitslosen- und der Krankenversicherung und Herabsetzung der Beiträge für die soziale Versicherung gefordert. Das ist nun gerade nicht weiter erschütternd, auch von dem Schlußsatz der Entschließung, den wir nachstehend wörtlich wiedergeben, möchten wir das nicht behaupten. Die Holzwarenfabrikanten waren anscheinend schon in etwas gehobener Stimmung, als sie einstimmig beschließen: „Das Maß ist aber nunmehr überfüllt; wenn die Erleichterung nicht sofort eintritt, dann schreitet die Staatsverdrossenheit und Staatsentfremdung im Unternehmertum so weit fort, daß zuletzt nur noch das Gebot der Selbsthilfe übrigbleibt und man g r u n d s ä t z l i c h geschlossen jede weitere Abgabe und Steuerlast aus Selbsterhaltungsgründen verweigern muß.“

Die Fabrikanten, die so mit der Revolution drohen, sind in Wirklichkeit gar nicht so rabiat, wie es nach dieser Drohung scheinen könnte. Vermutlich haben sie auch die Bedeutung ihrer starken Worte gar nicht erfasst. Nach einem bekannten schwäbischen Scherzwort wird der Schwabe erst mit 40 Jahren geschick. Bei dem beschließenden Verband handelt es sich aber um ein schwäbisches Kindlein, das erst seinen 10. Geburtstag gefeiert hat. Wenn es erst ins Schwabenalter gekommen sein wird, wird es wohl klügere Beschlüsse produzieren.



Holzindustrie



Aus der Klavierindustrie.

Der Verband deutscher Pianofabrikanten (Sitz Berlin) hielt seine diesjährige Hauptversammlung kürzlich in Eisenach ab. Ursprünglich war Friedrichroda als Tagungsort ausersehen worden, als sich jedoch herausstellte, daß in dieser Stadt die Klaviere einer Steuer unterliegen, wurde der Verbandstag nach Eisenach verlegt. Der Kampf gegen die Klaviersteuer ist berechtigt und findet auch unsere Unterstützung. In den Gemeinden, wo eine solche Steuer besteht, sollten unsere Kollegen ihre Aufhebung fordern. Bisher ist die Zahl dieser Gemeinden erfreulicherweise nicht groß, größer ist die Zahl jener, die an der Klaviersteuer anscheinend Gefallen finden. Auf der Tagung in Eisenach wurde berichtet, daß sogar Dresden ihre Einführung plane. Daß in Dresden, der Kunst- und Musikstadt, ein solcher Plan erwogen wird, ist wirklich ein starkes Stück. Hoffentlich gelingt es, ihn zu vereiteln.

Der Unternehmerverband ist wegen der Klaviersteuer bei dem Reichswirtschaftsminister vorstellig geworden mit dem Erfolg, daß dieser die Regierungen der einzelnen Länder gebeten hat, „den in Betracht kommenden Gemeinden nahezu-legen, von einer Musikinstrumentensteuer Abstand zu nehmen“. Der Geschäftsbericht des Unternehmerverbandes fährt dann fort: „Für Preußen ist es gelungen, vom Ministerium des Innern eine Erklärung zu erwirken, daß es kommu-nale Klaviersteuern nicht genehmigen werde. Für die anderen Freistaaten, im besonderen für Sachsen und Thüringen, war bisher eine ähnliche Entscheidung nicht zu erreichen.“

Diese Ausführungen des Unternehmerverbandes sind politisch lehrreich. Preußen hat bekanntlich eine sozialistisch geleitete Regierung, und auch der Minister des Innern ist ein strammer Sozialdemokrat. Und bekanntlich sind „Sozialdemokraten kultur- und wirtschaftsfeindlich“ — aber trotz alledem oder vielleicht gerade deshalb sind die sozialdemokratischen Regierungsmänner in Preußen gegen die — wie die Unternehmer mit Recht sagen — kulturfeindliche Klaviersteuer. Anders ist es in Sachsen und Thüringen, wo deutschnationale, volksparteiliche, wirtschaftsparteiliche und nationalsozialistische „Kulturträger“ am Ruder sind — hier begeißelt nicht sich „gebädelt“ für diese kulturfeindliche Steuer. Was die Klavierfabrikanten aber nicht abhalten wird, die Parteien dieser Schädlinge der Klavierindustrie moralisch und finanziell weiter zu unterstützen. Der Haß gegen die sozialistische Arbeiterchaft ist eben tausendmal größer als die Liebe zur eigenen Industrie.

In diesem Zusammenhang verdienen auch die folgenden Ausführungen des Herrn Koepel von der „Deutschen Piano-Werke AG.“ einige Beachtung: „Während früher die Hausmusik in den begüterten Kreisen und im Mittelstand viele Freunde gehabt hat, sei sie in den letzten Jahren durch die mechanische Musik nahezu verdrängt worden. Die meisten Anhänger habe sie noch in den Kreisen der arbeitenden Bevölkerung, jedoch seien hier viele Gegner des Klaviers zu finden, die es daher als überlebt und unmodern bezeichnen.“

Die Feststellung im ersten Teil des zweiten Satzes ist für uns nichts Neues. Wir haben hier und anderwärts wiederholt ausgeführt, daß das Klavier in der Arbeiterchaft ja zahlreiche Freunde hat; tausende und aber tausende Arbeiterfamilien möchten sich gern ein Instrument kaufen. Diese Absicht scheitert in der Hauptsache an der Preisfrage. Auch heute noch kostet ein brauchbares Klavier mindestens 800 Mk. und ein gutes Instrument weit über 2000 Mk. Diese Preise sind für die Arbeiter unerschwinglich. Der Unternehmerverband sollte sich mal ernstlich mit der Frage beschäftigen, wie der Klavierpreis merkbar herabgesetzt werden kann. Davon ist in Eisenach aber anscheinend nicht die Rede gewesen. Man hat nur davon gesprochen, was getan werden müsse, damit das Volk wieder Freude an guter Hausmusik und damit am Klavier gewinnt. Gemeinsam mit dem Händlerverband soll eine große Werbekampagne entfaltet werden. Zur Deckung der Unkosten, die dabei entstehen, ist jeder Unternehmer verpflichtet, neben dem Mitgliedsbeitrag eine monatlich wiederkehrende Umlage von 10 Pf. pro Vollarbeiter ab 1. Juli 1930 zu zahlen“. Wir versprechen uns von einer solchen Aktion nichts. Die Tatsache, daß die Unternehmer weniger Instrumente verkaufen als ihnen und uns Arbeitern lieb ist, ist nicht darauf zurückzuführen, daß der Bevölkerung das Klavier nicht genügend bekannt ist, sondern darauf, daß den meisten Menschen das Geld für die Anschaffung des Klaviers fehlt. Natürlich gibt es auch in der Arbeiterschaft Personen, die das Klavier „als überlebt und unmodern“ ablehnen, viel größer ist aber die Zahl echter Freunde des Klaviers.

Der Unternehmerverband sollte also dafür sorgen, daß die Klaviere so billig werden, daß wenigstens die Mehrzahl der mühtätigen Arbeiter sich eins kaufen kann. Darauf wird man uns sagen, daß die Fabrikanten heute schon mit dem denkbar kleinsten Gewinn verkaufen. Im allgemeinen wird dies wohl auch stimmen. Wenn das Publikum zu Fa-

briskpreisen kaufen könnte, würde die Nachfrage schon weit größer sein als dies gegenwärtig der Fall ist. Auf den Fabrikpreis kommt aber noch der Händleraufschlag, und der ist auch jetzt noch sehr hoch. In Eisenach hat man sich auch mit dieser Frage beschäftigt und beschlossen, daß „die Festsetzung der Privatpreise unter Zugrundelegung eines Händlerabatts von 30 bis 40 Prozent unter Einschluß der Hausmieten angebracht sei“. Der Zustand, daß der Händleranteil am Verkaufspreis viel höher, vielfach doppelt so hoch ist wie der Lohnanteil, ist einfach unerträglich. Hier muß der Hebel angelegt werden. Das ist keine leichte, aber eine notwendige Aufgabe.

Dem Verband deutscher Pianofabrikanten waren Ende Mai 156 Firmen mit etwa 8500 Vollarbeitern (Gesamtarbeitstage im Jahr geteilt durch 300) angeschlossen. Vor einem Jahr rechnete man mit rund 6800, im Jahre 1928 mit 9600 und im Jahre 1927 mit 11 500 Vollarbeitern. Die jetzt vorhandenen 156 Mitgliedsfirmen sollen bei voller Ausnutzung der Produktionskapazität etwa 13 600 Arbeiter beschäftigen können; die Ausnutzungsquote betrage demnach knapp 50 Prozent. Der Unternehmerverband führt eine Kartei über alle deutschen Pianofabriken, und nach dem hier gesammelten Material gibt es zurzeit „etwa 300 Fabriken mit 7200 Arbeitern“. Davon sind, wie bereits erwähnt, 156 mit 6500 Vollarbeitern dem Unternehmerverband angeschlossen. Im Jahre 1924 gab es nach der gleichen Quelle 688 Pianofabriken mit etwa 18 000 Arbeitern. Aus diesen Vergleichszahlen geht hervor, daß die Klavierindustrie einen mächtigen Rückgang erlitten hat. Der Unternehmerverband erbringt dafür noch anderes Material, auf das demnächst in einem anderen Zusammenhang eingegangen werden soll.

Über die Verhältnisse in der Bestandteilindustrie heißt es im Geschäftsbericht: „Die Verbände unserer Bestandteillieferanten haben sich als Auswirkung der schlechten Geschäftslage gelodert, zum Teil lösten sie sich auf, wie die Verkaufsstelle für Klavierbestandteile G. m. b. H. in Hagen und der Verband der Piano- und Flügelplattenfabriken. Auf der anderen Seite hat in der Pianomechanikindustrie ein Konzernmäßiger „Zusammenbruch“ stattgefunden, derart, daß jetzt etwa 70 Prozent der Produktion durch zwei Konzerne erfolgen.“

Zusammenbruch in Ostpreußen

Die Holzbearbeitungsfabrik George Bendig in Königsberg (Preußen) hat, wie die Tageszeitungen melden, die Aktien der Ostpreußischen Holzwerkstätten AG. in Wickbold bei Königsberg erworben. Diese Aktiengesellschaft wurde im Frühjahr 1929 gegründet. Die Gründer waren die Stadtbank Königsberg und die Ostbank für Handel und Gewerbe in Königsberg. Was der äußere Anlaß gewesen ist, der diese Banken zur Errichtung dieses Unternehmens kommen ließ, entzieht sich unserer Kenntnis. Die Gesellschaft beschäftigte zeitweise etwa 250 Personen. Hergestellt wurden Möbel, Packetriecken und Mittellagen für Sperrholz. Im Herbst 1929 wurde eine Sperrholzabteilung eingerichtet, aber bevor diese richtig fertig war, brannte das ganze Werk fast bis auf die Grundmauern nieder. Gerettet wurden nur das Maschinenhaus und das Holzlager. Das war in den letzten Dezembertagen des vorigen Jahres. Um diese Zeit beschäftigte die Gesellschaft 180 Personen.

Nach verschiedenen Meldungen sollte der Wiederaufbau des Werkes bald erfolgen, doch ist aus diesen Absichten bisher nichts geworden. Nun hat die Firma George Bendig die Aktien der Gesellschaft erworben. Über deren Pläne berichten die Zeitungen:

„Die Holzbearbeitungsfabrik George Bendig wird an Stelle des abgebrannten Fabrikgebäudes einen Neubau errichten, der eine ganz moderne Ausrüstung mit Maschinen für die Herstellung von Sägen, Leisten und Stapelmöbeln erhalten wird. Mit dem Betriebsbeginn in diesem Wickbolder Werk wird das bisher betriebene Werk der Firma George Bendig am Hofsteiner Damm in Königsberg, das für den modernen Fließarbeitsbetrieb nicht geeignet ist, stillgelegt werden. Das Arbeitspersonal wird von dem neuen Werk in einer Stärke von etwa 130 Arbeitern und Angestellten übernommen werden, weiter werden Neueinstellungen aus dem ansehnlichen Arbeiterbestand vorgenommen werden können, so daß in Zeiten vollen Betriebes etwa 300 Arbeiter beschäftigt sein werden. Aus Anlaß dieses Wiederaufbaues des abgebrannten Werkes will eine Siedlungsgesellschaft das dreieckige Grundstück zwischen den Eisenbahngleisen, der Bahnhofsstraße und der Chaussee bebauen und darauf eine Arbeiter-siedlung von 30 Wohnungen errichten.“

Im Zusammenhang mit diesen Plänen wird die Firma Bendig in eine Aktiengesellschaft umgewandelt werden, und zwar unter dem Namen: George Bendig Holzindustrie AG. Die Firma Bendig ist ein altes Unternehmen, ihre Gründung erfolgte im Jahre 1882. Zurzeit beschäftigt sie knapp 100 Arbeiter, zeitweise waren es an die 200. Hergestellt werden Holzleisten aller Art, Türen, Fenster und sonstige Artikel für die Bauwirtschaft.

Rückblick und Ausblick.

Die Deutsche Holzwirtschaftsbank AG. (Sitz Berlin) schreibt in ihrem Geschäftsbericht für 1929 über die Lage der Holzwirtschaft im Berichtsjahre unter anderem folgendes:

„Auf dem Rundholzmarkt machte die bereits im Herbst 1928 erkennbare Rückläufigkeit der Preise während der ganzen Verkaufsperiode langsame Fortschritte, wobei jedoch die zum Verkauf gestellten Holz mengen infolge des nach der langen Frostperiode stärker einsetzenden Bedarfs glatt ausgenommen wurden. Auch in der im Herbst beginnenden neuen Einschlagsperiode blieben die Verkaufspreise zunächst noch einigermaßen stabil; bald verengte sich jedoch der Kreis der Käufer, größere Holz mengen blieben unverkauft und es kam allmählich zu einem schnelleren Sinken der Preise, namentlich für schwächeres Kiefernholz.“

Die Einfuhr polnischen Rundholzes ging weiter zurück. Dagegen gewann der Import russischer Qualitätshölzer, von denen erstmalig größere Mengen auf dem Bahnwege nach Deutschland gelangten, wachsende Bedeutung.

Die Lage der Sägeindustrie war keine erfreuliche. Wenn auch eine stärkere Bautätigkeit bis in den Herbst hinein fast überall ausreichende Absatzmöglichkeiten schaffte, so litt das Erträgnis der Betriebe doch vielfach unter dem noch immer andauernden Mißverhältnis zwischen Rundholz- und Schnittholzpreisen und den immer wieder eintretenden Kapitalverlusten in der Kundschaft. Gegen Ende des Jahres gestalten sich die Zukunftsaussichten infolge der schlechten Finanzlage der staatlichen und kommunalen Auftrags- und Geldgeber immer undurchsichtiger und zwingen zur stärkeren Zurückhaltung im Einkauf und zu Betriebs-einschränkungen. Die im Herbst eintretende gewalttätige Abkühlung der als Schlüsselindustrie nach immer nicht genügend erkannten Bauwirtschaft mit der zwangsläufig eintretenden Vermehrung der Arbeitslosigkeit, beeinflusste zum Schluß des Berichtsjahres auch die Tätigkeit des Holzhandels und fast sämtlicher Holzverarbeitenden Industrien.

Allen diesen ungünstigen Momenten gegenüber hat sich die Holzwirtschaft im abgelaufenen Jahre im Grunde als gesund und vortrefflich erwiesen, wenn sich auch in ihren Reihen der durch die lange Krise bedingte Ausscheidungsprozeß weiter fortgesetzt hat.“

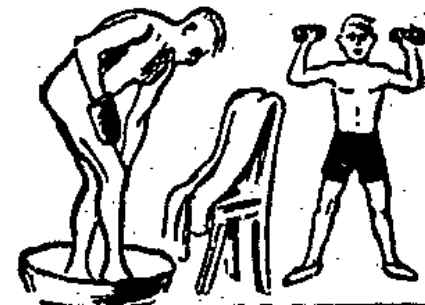
Über die Geschäftsaussichten im Jahre 1930 heißt es: „Im neuen Jahre ist eine Besserung der Wirtschaftslage trotz erheblicher Herabsetzung der Zinsfüße und Verbilligung der Rohstoffpreise bisher kaum zu verzeichnen. Immerhin scheint sich allmählich die Erkenntnis Bahn zu brechen, daß nur die Schaffung von Arbeitsgelegenheit, vor allem durch die Wiederingangsetzung der Bautätigkeit, die deutsche Volkswirtschaft aus ihrer Depression herausführen kann. Angesichts der geringen Vorräte in allen Betrieben der Holzproduktion, des Handels und des Konsums muß jede hierdurch entstehende Wirtschaftsbelebung zu einer schnellen Besserung der Verhältnisse in der Holzwirtschaft führen und eine zuverlässigere Beurteilung der weiteren Entwicklung zur Folge haben.“

Die Deutsche Holzwirtschaftsbank AG. ist das Bankunternehmen aller größeren Unternehmerverbände der Holzwirtschaft. Ihre Ausführungen verdienen also einiges Interesse. Allerdings nicht mehr soviel wie vor Jahren, denn heute entsprechen sie mehr den Wünschen gewisser Unternehmer als der Wirklichkeit. Im Geschäftsbericht für 1927 z. B. wurde die Lage der Holzwirtschaft wirklich objektiv, das heißt ohne Rücksicht auf taktische Bedenken und Rücksichten der Unternehmer geschildert. Der Erfolg war, daß der Vorstand der Holzwirtschaftsbank AG. von einflussreichen Aktionären und geschäftlichen Interessenten gerüffelt wurde. Es wurde verlangt, daß die Geschäftsberichte so abgefaßt werden, daß sie der „Holzarbeiter-Zeitung“ nicht als Beweismittel für ihre Beurteilung der Lage der Holzwirtschaft dienen können. Mit anderen Worten heißt das, die Verhältnisse sollten ungünstiger geschildert werden als sie waren und sind. Zur Ehre des Vorstandes der Holzwirtschaftsbank AG. sei festgestellt, daß er sich dieser unmoralischen Forderung nicht gefügt hat. Er ist ihr nur insoweit entgegengekommen, daß er seinen Bericht jetzt summarischer abfaßt, wodurch er natürlich an Wert verliert.

Die Feststellung im neuen Geschäftsbericht, daß die Holzwirtschaft sich auch im Jahre 1930 „im Grunde als gesund und widerstandsfähig erwiesen hat“, ist richtig, und darüber sollten die Unternehmer ebenso erfreut sein wie die Arbeiter. Dagegen haben wir gegen die Annahme des Vorstandes der Holzwirtschaftsbank AG., daß die Holzvorräte in den Betrieben und im Handel gering seien, einige Bedenken. Es würde uns freuen, wenn diese unberechtigt wären und die Entwicklung der nächsten Zeit der Holzwirtschaftsbank AG. recht neben würde.



Gesundheit und Körperpflege



Gefahren des Obstgenusses.

Von San.-Rat Dr. med. Maschke, Berlin.

Gefahren? Obst ist doch gesund, Obst wird doch gerade neuerdings so eifrig empfohlen, Obst ist doch reich an Vitaminen, an Mineralsalzen, und Obst sollte — ? Es sind doch gar keine giftigen Stoffe drin enthalten? Zucker und Fruchtsäuren sind doch nicht schädlich? Wer so fragt, ungläubig, zweifelt, hat durchaus recht. Und doch kann der Obstgenuss Schaden, sogar tödlich wirken.

Eine alte Volksmeinung schon verbietet unmäßigen Genuß von Obst und reichliches Wassertrinken, eine Volksmeinung, die nicht nur bei uns herrscht, sondern, wie Walter Gros vom Pharmakologischen Institut der Universität Würzburg in der „Münchener medizinischen Woche“ berichtet, auch bei den Chinesen, auch den Eingeborenen Afrikas gilt, die ängstlich das Trinken von Wasser nach dem Genuß saftiger Tropenfrüchte meiden.

Das kranke, verdorbene Obst Schädigungen verursachen kann, ist klar. Giftige Keime, aus Dünger, Straßenschmutz, unsauberer Aufbewahrung und Lagerung herrührend, können zu Infektionen führen. Pilze verschiedener Art können die Ursache sein. Sind auch die Schimmelpilze im allgemeinen harmlos — wir essen ja mit Vergnügen und ohne Schaden pilzhaltige Käse, wie Roquefort und Gorgonzola —, so dürften doch auch unter ihnen nicht ganz harmlose vorhanden sein; denn manches pilzbehaftete Obst, besonders Stachel- und Johannisbeeren, macht, zumal bei Kindern, erhebliche Verdauungsstörungen. Das gleiche gilt von faulen Äpfeln und Birnen.

Ebenso schädlich kann Obst sein, das zur Verbesserung seines Aussehens, zur Konservierung oder zur Bekämpfung von Schädlingen chemisch behandelt ist. Im Weinbau besonders werden für letzteren Zweck arsen-, blei- und kupferhaltige Präparate benutzt. Zur Haltbarmachung werden Benzoesäure, Salizylsäure, Borfäure und Ameisensäure verwendet; Blausäure dient der Verbesserung des Aussehens, ist allerdings so flüchtig, daß sie wohl kaum eine Giftwirkung ausüben können. Es bestehen zwar gesetzliche Vorschriften über die Verwendung dieser Mittel, immerhin könnte trotzdem eine Schädigung von ihnen ausgehen.

Die aber besonders interessierende Frage nach der Schädlichkeit gleichzeitigen Genußes von Obst und Wasser hat Gros in eingehenden Untersuchungen zu klären versucht. Es ist bekannt, daß Wasser allein, in großen Mengen genossen, als Gift wirkt. Vor einiger Zeit hat ein englischer Forscher, nach Berichten in der englischen medizinischen Zeitschrift „Lancet“, Versuche an Tieren (Hunden, Katzen, Meeresschweinchen) angestellt, denen große Wassermengen mittels eines Magen-schlauches beigebracht wurden und die darauf mit Erbrechen, Krämpfen, Bewußtlosigkeit und Tod reagierten; durch die großen Wassermengen war eine Steigerung des Druckes innerhalb des Gehirns und Schädels bewirkt worden. Wir wissen weiter, daß kaltes Wasser, besonders in größeren Mengen, schon von einem halben Liter an, den Verdauungskanal reizt und Darmentleerungen herbeiführt. Das kann besonders arg werden, wenn zwischen der Temperatur des Wassers und dem durch körperliche Anstrengungen oder übermäßige Überhitzung in Anspruch genommenen Organismus erhebliche Differenzen bestehen.

Mit der Verdünnung des Darminhalts durch Zufuhr großer Wassermengen entstehen weiter völlig veränderte Bedingungen für den Ablauf der Verdauungsvorgänge: die Lebensbedingungen der Faulniserreger werden verbessert.

Die Versuche, die Gros mit verschiedenen Obstsorten anstellte, zeigten ein großes Quellungsvermögen mancher Obstsorten, besonders der Kirichen. 250 Gramm entfernte Herz-Kirichen mit 500 Kubikzentimeter Wasser übergossen, quollen schon nach einstündigem Stehen zur doppelten Masse auf; im Fruchtmark war diese Quellung noch härter, wozu noch beträchtliche Gasentwicklung trat. Die verschiedenen Obstsorten verhielten sich ganz verschieden, Kirichen und Stachelbeeren quollen am meisten.

Was entsteht nun als Folge? Zunächst und im wesentlichen eine mehr oder minder starke Entzündung des Verdauungskanal, besonders bei Kindern und bei Erwachsenen mit schwachem Verdauungsapparat. Sommerhitze, das Bedürfnis nach kalten Getränken und die an sich schon vorhandene Steigerung von Fermentationsvorgängen wirken beengend. Es ist verständlich, daß die Zufuhr besonders großer Mengen von rohem Obst, das durch längere Beweiltung im Magen, jedenfalls nicht durch leichte Verdaulichkeit zu verdauen ist, die Verdauungstätigkeit im Magen beeinträchtigen kann. Dazu kommt dann die erwähnte Wirkung des Wassers an sich. Akute Magenentzündungen sind so möglich, wie Obst, besonders Kirichen, ungenügend gekaut dem Magen zugeführt, dann Wasser, kann zu erheblichen Quellungen führen und Überdehnung des Magens mit ihren Folgezuständen bedingen. Im Darm kann es zu Gärungen kommen, als deren Zeichen sich Leibschmerzen, Spannungsgedühl, Gasentwicklung usw. zeigen, und zu Durchfällen; in schweren Fällen entstehen Darmlähmungen und Darmverstopfung (Ileus).

Gros faßt seine Erfahrungen und Versuche in folgendem zusammen: „Erkrankungen durch Obst sind auf mannigfaltige Ursachen zurückzuführen. Abgesehen von der Gesundheits-schädigung durch unreifes, verdorbenes, krankes, von Pilzen befallenes oder mit giftigen Keimen behaftetes und mit chemischen Stoffen behandeltes Obst, können auch einwandfreie reife Früchte Krankheiten und Tod nach sich ziehen. Dies ist der Fall, wenn übergroße Mengen, mangelhaft zerkaut, dem ungewohnten Magen einverleibt werden. Besonders gefährlich sind Kirichen und Stachelbeeren, die bei reichlicher Zufuhr von Wasser viel stärker aufquellen als andere Obstsorten. Die erhöhte Bereitschaft zu Erkrankungen ist durch die individuelle Disposition, durch die besondere Empfindlichkeit des kindlichen Darmapparats und durch die heiße Jahreszeit gegeben.“

Von der Stirne heiß . . .

In sonnenheißen Tagen kann auch die leichteste Kleidung nicht verhindern, daß unsere Haut reichlich Schweiß absondert; es würde sogar ein schlimmes Zeichen sein, wenn dies nicht der Fall wäre. Bei mittlerer Temperatur und ruhigem Körperzustand merken wir von der Feuchtigkeit aussonderung unserer Haut allerdings gewöhnlich so gut wie nichts, weil die geringen Mengen der austretenden Flüssigkeit gleich wieder verdunsten. Hohe Wärme, besonders bei gleichzeitiger Körperbewegung, beeinflusst die Schweißnerven jedoch so stark, daß sie die Schweißdrüsen der Haut zu ganz besonderer Tätigkeit veranlassen und anstatt der täglichen 500 bis 800 Gramm verdunstenden Schweißes oft schon binnen ein paar Stunden mehrere tausend Gramm Schweiß absondern werden, die aber natürlich dann nicht mehr völlig verdunsten können, sondern zum Teil in Tropfenform an der Haut hinab-rinnen. Normaler Schweiß besteht zu 90 Prozent aus Wasser und zu 10 Prozent aus anderen Bestandteilen, und zwar besonders aus Salz. Seine chemischen Bestandteile sind sowohl bei Gesunden als auch bei Kranken jedoch sehr verschieden. So ist z. B. der Schweiß eines Menschen, der sieben heißen See getrunken hat, anders zusammengesetzt als der Schweiß, der etwa nach dem Einfluß heißer Luft austritt. In den Tropen kommt es oft vor, daß bei großer Lufttrockenheit selbst Gesunde so viel Schweiß absondern, daß nach dem Eintrocknen des Schweißes das Salz stellenweise wie eine Kristallkruste auf der Haut liegt, eine Erscheinung, die man sonst nur gelegentlich an Fieberkranken beobachtet.

Außer dem Kochsalz sind im normalen Schweiß des Menschen auch gewisse Fettsäuren und Fette enthalten, worauf der Fettglanz des Schweißes (sogenannter „Fettglanz“), der sich häufig so unangenehm auf der Stirn bemerkbar macht, beruht. Die andere fatale Eigenschaft des Schweißes, nämlich sein säuerlicher Geruch, wird dagegen durch eigene „Niedrstoffe“ hervorgebracht, deren Erzeugung zum Teil in „Niedrdrüsen“ der Haut erfolgt. Andererseits wird der Schweißgeruch aber auch durch die sich zersetzenden Fette und Sekrete der Hautalgdrüsen beeinflusst. In seltenen Fällen, wie beispielsweise bei Influenza- oder Darmkranken, sieden sich im Schweiß farbstoffbildende Bakterien an, was zur Folge hat, daß er bläulich gefärbt erscheint. Man hat auch rötlichen und gelben Schweiß — gelben namentlich bei neugeborenen Kindern — beobachtet sowie schwarzen Schweiß, dessen Auftreten aber nur ganz selten festgestellt werden kann. Das sogenannte „Blutschweiß“, wie es bei Krampfanfällen auftreten kann, beruht in der Regel darauf, daß im Schweiß rote Blutkörperchen enthalten sind. Bei Menschen, die gewisse Arzneien einnehmen, wie etwa Jod, Brom, Arsen oder Chinin, findet man im Schweiß auch kleinste Mengen dieser Substanzen enthalten. Besonders bedeutsam, jedoch noch nicht geklärt ist die Frage, ob und wann der Schweiß des Menschen giftige Eigenschaften besitzt. Die Annahme, daß der Schweiß unter Umständen tatsächlich giftig sein kann, wurde nämlich dadurch gestützt, daß bei Kaninchen, denen man den Schweiß kranker Menschen einspritzte, Vergiftungserscheinungen auftraten, die aber weglieben, wenn man den Tieren den Schweiß Gesunder einverleibte. In Ausnahmefällen können auch krankheitserregende Bakterien — Typhus- oder Milzbrandbakterien — durch den Schweiß abgetrieben werden, während normaler Schweiß bakterientötend wirkt.

Das sommerliche Schweißvergießen, das niemand erspart bleibt, hat vor allem die sehr wichtige Bedeutung für den Körper, daß es die Haut dauernd mechanisch reinigt und sie dadurch gesund erhält. Nur muß ein Mensch, der stark schwitzt, immer daran denken, daß der mit Schweiß bedeckte und von schweißdurchsättigter Kleidung umgebene Körper besonders leicht einer Erkältung ausgesetzt ist. In solchen Fällen kann schon schwache Zugluft wie überhaupt jede fühlbar zur Haut dringende Luftabkühlung eine Erkrankung nach sich ziehen. Darauf wird namentlich der Reisende achten müssen, der in diesen Wochen in überfüllten Eisenbahnzügen bei geöffneten Fenstern meist starker Zugluft ausgesetzt ist.

Vom gesundheitlichen Wert der Freude.

Von Dr. Bella Kalb-Müller.

Ein Mensch ist so stark wie er freudig sein kann, sagte einmal der große Arzt und Menschenfreund Karl Ludwig Schleich. In diesem Ausspruch kommt eine tiefe Erkenntnis unseres Lebensbedürfnisses zum Ausdruck. Unentbehrlich ist die Freude für die körperliche und seelische Gesundheit. Sie ist eine Lebenskraft und eine unschätzbare Arbeitsgehilfin. Bergegenwärtigt man sich, wie die Freude rein körperlich in Erscheinung tritt, wie sie das Herz, die gesamte Muskulatur zu erhöhter Tätigkeit anregt, so daß man vor Freude springen mag, wie der Atem rascher geht, wie selbst in ein vergrämes, blaßes Gesicht frische Röte steigt, so wird man an dem unmittelbaren Lebenswert der Freude nicht zu zweifeln brauchen. In wunderbarer Weise offenbart sie sich geistig-seelisch in einer Steigerung der Vorstellungstätigkeit einer Beschleunigung des Gedankenablaufs und einer beseligenden Empfindung von Lust am Leben. Viele Zusammenhänge hellen sich plötzlich auf, manche Einsicht kommt; was lange un-verarbeitet blieb, woran man lange krankte, kurz, womit man nicht fertig werden konnte, erscheint plötzlich einfach, löst sich unter dem Einfluß der Freude. Es ist nun einmal Tatsache, daß das moderne Leben sich unter starkem Hochdruck abspielt. Dieses Leben in steter Anspannung erzeugt eine eigenartige „Krankheit“, die nur wenigen unbekannt bleibt, die große Freudenerverberin Nervosität. Sie ist die Antwort auf eine Unzahl von Schädigungen des Nervensystems.

Die Grundforderungen der Hygiene, Reinlichkeit, Luft, Licht und gute Ernährung, versteht man gewöhnlich lediglich in bezug auf den Ausgleich oder Vermeidung körperlicher Schädlichkeiten. Aber es ist ein „Etwas“ in uns, das uns sich freuen läßt, das uns lachen und trauern, lieben, glauben und hoffen macht: Unsere Seele, auch sie braucht ihre Hygiene. In dumpfen, dunklen Räumen werden wir hoffnungslos und traurig. Die seelische Nahrung aber, das sind unsere Gedanken. Gute und freundliche Gedanken braucht die Seele zu ihrem Gedeihen. Sie wirken belebend und aufbauend wie richtig gewählte Nahrung. Und wie der Körper durch un-zuträgliche Kost geschädigt wird und er viel gesunde Kraft verbrauchen muß, um sich jener wieder zu entledigen, so wirken Nörgelei, Verbitterung, alle Gedanken, die die Freude nicht aufkommen lassen, zerstörend auf unsere Seele ein.

Selbst gewissenhafteste Befolgung gesundheitlicher Rat-schläge bringt nur halben Nutzen, wenn nicht die treibende Kraft der Freude mitwirkt. Dies zu wissen, genügt aber nicht, immer aus neue muß die Freude betätigt werden, soll sie wirklich uns beleben. Am vollkommensten geschieht das beim Kinde, das bei der Tätigkeit des Spiels selig und heiter bleibt und keines besonderen Anlasses zur Freude bedarf. Während aber mit dem Beginn der Schulpflichten alle Neigung zu Angst und Traurigkeit zum Durchbruch kommt, schwindet die Freude immer mehr. Als Erwachsene müssen wir von neuem lernen, was das gesunde Kind in vollkommener Weise und täglich vorlebt — wir müssen lernen uns freuen.

Doch sind diejenigen Dinge, die uns die Freude vermitteln, nicht zu verwechseln mit Vergnügungen und Genüssen aller Art. „Tiere können genießen, aber nur Menschen heiter sein.“ Finden wir unsere Freude in der einfachen Erfüllung der täglichen Pflichten, so braucht kein Tag zu vergehen, an dem wir uns nicht gefreut haben. Ist man in seinem Innern bereit, sich zu freuen, so ist auch eine Kleinigkeit imstande, uns Freude zu gewähren. Und wenn Trübseligkeit und Mißmut uns erfassen wollen, so gewähren ein paar Stunden in freier Natur ein Wiederfinden mit sich selbst. Auf diese Weise betätigen wir uns in der Fähigkeit, uns immer aufs neue zu freuen. Die Freude wird zur täglichen Wirklichkeit, sie verstärkt sich in uns und führt schließlich zu einer hohen Menschlichkeit, aus der allein die starken Kräfte strömen, die die Not der Seele und des Körpers zu meistern imstande sind.

Fragen wir uns, worin denn Menschlichkeit mit ihrer starken Macht eigentlich beruht, so erinnern wir an einen Ausspruch Goethes, der heißt: „Der wahre Mensch ist die Menschheit.“ Es ist wohl damit gesagt, daß erst dann der Mensch seine ganzen Kräfte entfaltet, so daß er sich selbst helfen kann, wenn er sein eigenes Leben über sich selbst hinaus erweitert und es auch in den Dienst anderer zu stellen weiß. Solchen wahren Menschen erschließt sich im Freuden-spenden eine unerschöpfbare Quelle der Freude. Reich sind die Mittel, die dem Menschenfreunde hierbei zur Verfügung stehen: Ein gutes Wort, ein ermunternder Blick zur rechten Zeit, eine hilfreiche Tat, ein Verstehen hier, ein Verzeihen dort. „Verlasset das Dunkel der Nacht, strebet dem Lichte zu.“ Verlassen wir das Dunkel der inneren Unzufriedenheit des Zerwürfnisses mit dem Geschick und mit uns selbst, streben wir der Freude zu, indem wir lernen, sie zu finden in der schlichten Erfüllung der täglich an uns herantretenden Aufgaben, indem wir lernen, sie zu finden in dem, was die Natur ohne Unterschied jedem spendet, und im Dienst an anderen Menschen, im Freudebereiten.

Unterhaltung und Wissen



Das Geseh.

Von Alexander von Sacher-Masoch.

Der Zigeuner Matklaus schuldete dem Zigeuner Piderka ein totes Schwein. Das wäre an sich noch nichts Ungewöhnliches gewesen, denn solche Dinge können vorkommen: der eine hat kein Schwein und braucht eins, der andere hingegen hat ein Schwein überzählig. Und da er es nicht braucht, leiht er es weiter. Er leiht es weiter, jedoch immer in der sicheren Annahme, nach einem vorher ausgemachten Zeitraum ein ähnliches Schwein wiederzuerhalten.

Piderka konnte auch mit Fug und Recht annehmen, daß Matklaus sich nicht weigern werde, seiner Verpflichtung nachzukommen, war doch Matklaus der Mann der Schwester seines Stiefvaters und überdies ein Zigeuner. Die wilde Romantik der Steppe verlor sich bei diesen zwei Familien schon ziemlich weit hinten, in der dritten Generation, denn sie lebten seit Jahrzehnten im kleinen ungarischen Städtchen am Rande der großen Tiefebene.

Wie gesagt, Piderka hätte sein Schwein ungesäumt zum Termin wiedererhalten, wäre da nicht ein kleiner peinlicher Zwischenfall passiert. Eines Sonntagmorgens wurde nämlich Matklaus draußen bei den Ziegelbrennermülden mit einem Küchenmesser im Rücken aufgefunden. Matklaus war heiß wie ein Stod und rührte sich nicht mehr. Und das alles noch vor Ablauf der festgesetzten Frist.

Am anderen Tage kam Piderka mit der gesamten Familie angetriekt, bestehend aus Urahn, Großmutter, Mutter, seinen zwei Schwestern und seinen vierzehn unmündigen Nares, von denen noch einige von den Weibern hudepud getragen werden mußten, und forderte das Schwein zurück. Großes Wehklagen erscholl zwischen den aneinandergelebten Lehnhütten des Zigeunerviertels. Piderka und die Seinen wehklagten um das Schwein, Matklaus' Angehörige hingegen, nicht minder zahlreich, jammerten um den teuren Toten.



Woher das Küchenmesser in Matklaus' Rücken gelangt war, darum schien sich vorerst niemand zu kümmern. Genug, das Schicksal hatte zwei Familien durch den Verlust eines Schweins und eines zwölfjährigen Vaters schwer getroffen.

Als Piderka sein Anliegen auf Klärung der Schuld vorbrachte, weigerten sich Matklaus' Erben auf das entschiedenste, seinem Wunsche nachzukommen. Das Schwein sei lange verpeist und vergessen, und übrigens träte sie für Piderkas leichtfertige Handlungen keinerlei Verantwortung.

So blieb die Sache vorläufig unentschieden und die Parteien trennten sich.

Aber wenn auch die zwei genannten Familien nicht mehr an allen Sitten und Gebräuchen alter und sagenhafter Zigeunergenerationen festhielten, so gab es unter den bauwärtigen Lehnhütten des Zigeunerviertels, das zünftmässige Nichtstuer neben Ziegelbrennern und sonstigen Gewerbetreibenden beheimatete, dennoch ein Geseh. Das Geseh wohnte in einer Hütte, die von den anderen etwas entfernt lag, inmitten des Weidengestrüpps neben dem Fließchen Esle, das über die Ebene der Theis zuckte. Das Geseh hieß Wasul und war uralt. Er war ein Abblümmling alter Häuptlinge, und obwohl er im Städtchen als diebischer Nichtstuer und herumtreiber bekannt war, der sich durch Verteln am Leben erhielt, genoss er dennoch unter seinen Stammesbrüdern Ehre. Selten war er müßig, obwohl es allen rätselhaft blieb, woher er die nötigen Mittel aufsuchte, um diesen hässlichen Fehlkraut zu bekämpfen. Jedenfalls schrie seine Kränze zum Himmel, und durch das schadhafte Zirchdach seiner Lehnhütte pfiff der Wind oder prasselte der Regen ganz nach Belieben. Nicht alle waren von dieser unerbittlichen Kränze Wasuls überzeugt; aber davon ein andermal.

Niemand hätte einen Zigeuner dazu bewegen können, selbst in Fällen, die sonnenklar sein Recht bewiesen, den Weg zum Gericht zu nehmen. Unermüdete Abneigung erlaubte sie gegen alles, was mit Ordnung und Geseh zusammenhing. So war es zur Gewohnheit geworden, alle Streitigkeiten, die sie und ihren Stamm betrafen, unter sich

zu erledigen. Ja, auch in anderen Fällen, wenn gegen Nichtzigeuner etwas vorlag, verzichteten sie lieber auf ihr Recht, ehe sie den Weg zum kleinen weißen Haus am Marktplatz nahmen, über dem das Wappen Ungarns hing. Und war es nicht besser so? Denn wer hätte je gehört, daß ein Zigeuner recht behalten hätte?

So nahm denn auch diese Sache ihren geregelten Lauf.

Piderka wartete einige Zeit, bis er eines Abends in der Dämmerung hinter Wasuls halbblindem Fenster Licht ge-

Unser Morgen

Schon klingen unsere morgenfrühen Schritte über die Welt,

die noch zaudert in Schlaf und Traum.

Aber wir sind wach.

Wir suchen der Sonne entgegen

und bringen tausendundlausbefach

unser jubelndes Herz in die Morgenmitte

beginnenden Tages.

Run, mit dem letzten Stern im nebelnden Wolkenraum, fällt auch das kleine Dangen von schicksalsteinigen Regen, die wir wohl gehen müssen.

Aber wir fürchten uns nicht.

Wir sind jung!

Jung, daß uns die Menschen kaum verstehen und unser Verlangen lästern mit kaltem Gesicht.

Wir sind jung —

und das ist unser bestimmendes Recht.

Jung und gläubig und ohne brennende Einsamkeiten.

Brüder zu sein, entschlossen zu mutigem Schreiten

hinaus in den neuen, wärtenden Tag

Seht — das Licht, das Licht!

Otto Ziese

wahrte. Das zeigte an, daß der Alte nach längerer Bergnützungsfahrt wieder in sein Heim zurückgekehrt war. Nun begab sich Piderka wieder mit dem ganzen Gesolge zu Wasuls Hütte, in der das Geseh wohnte. Der Alte war ausnahmsweise etwas nüchtern als sonst, dafür aber offensichtlich schlechter Laune. Unter großem Wehklagen und Jammern trug Piderka sein berechtigtes Anliegen vor, unterstützt von bekräftigenden Zwischenrufen seiner zahlreichen Familie. Wasul saß unter dem rauchgeschwärzten Deckenbalken seiner Hütte zusammengesunken auf einem flachen Stein und stockerte in den Ohren. Er schien kaum hinzuhören. Draußen piff eintöniger Wind durch die Weiden des Ufergestrüpps, aber die Nacht war klar und nur einzelne Wolken liefen gegen den Mond. Dem Saufen dieses Windes lauschte Wasul, und die Worte Piderkas persten an ihm vorbei wie durchsichtige Glasflügelchen, ohne ihn besonders zu rühren. Später jagte Piderka die Arme seiner Angehörigen aus der Hütte, neigte sich zu Wasul nieder und flüsterte ihm noch ein paar Worte ins Ohr. Ein Wort schien Wasul, der jetzt aufmerksam lauschte, besonders zu fesseln.



„Hast du den Schnaps hier?“ sagte er dann.

Am nächsten Tage trat die Witwe des mit dem Küchenmesser so schamlos gemordeten Matklaus vor die Tür ihrer Hütte, um Wasser zu holen. Da erblickte sie Wasul, der an der Schwelle kauerte. Er erhob die flinken, strehenden Augen zu ihr und sagte dann:

„Ihr müßt ihm das Schwein geben. So will es das Geseh!“

(Schluß folgt.)

Junge oder Mädchen.

Bisher erschien die jede werdende Mutter so brennend interessierende Frage, wie man es ausstellen könne, einen Jungen zu bekommen, unlösbar — bis ein Zufall, wie so oft, der Forschung einen Fingerzeig bot. Dem Königsberger Gynäkologen Professor Unterberger, dem es von der Tiermedizin her bekannt war, daß sich die Unfruchtbarkeit von Kühen durch Spülungen mit doppeltkohlenstoffsaurem Natron beheben lasse, wie die „Umschau in Wissen und Technik“ mitteilt, kam der Gedanke, das gleiche probate Mittel auch Frauen zu empfehlen, die die Hilfe des Arztes gegen das Leiden der ungewollten Unfruchtbarkeit anriefen. Der Forscher setzte seinen Gedanken bei nächster Gelegenheit in die Tat um — mit dem durchschlagenden Erfolg, daß die ersuchte Schwangerschaft aufs schnellste eintrat. Höchst auffallend und den meisten Eltern sehr erwünscht war der Umstand, daß die Neugeborenen überdies durchweg Knaben waren!

Hier schien nicht mehr Zufall, sondern ein Geseh zu walten: Unterberger ging daher noch einen Schritt weiter und empfahl mit gewissen Abänderungen die Zufuhr von doppeltkohlenstoffsaurem Natron auch Eheleuten, die bis dahin nur Töchter gezeugt hatten und Sehnsucht nach männlicher Nachkommenschaft verspürten. Der Erfolg blieb unentwegt der gleiche: In 53 Fällen wurde ein Junge geboren!

Jedenfalls liegt hier, falls sich die aufsehenerregenden Versuche des Königsberger Forschers auch weiterhin bestätigen sollten, eine Entdeckung von noch gar nicht abzuschätzender Tragweite vor, auf deren Auswirkung wir aufs höchste gespannt sein dürfen.

Spielzeug und Klassenkampf.

Gegen das Kinderspielzeug, das gegenwärtig in Sowjetrußland den heranwachsenden Kommunisten in die Hand gegeben wird, richtet ein gewisser Popow in einer Moskauer Zeitung einen heftigen Angriff. Popow vertritt die Ansicht, daß schon die Seelen der Kinder durch diese Dinge für eine kommunistische Weltanschauung verdozt werden. Küchen- und Möbelleinrichtungen, mit denen die kleinen Mädchen so gern spielen, scheinen ihm besonders verwerflich. „Kinder, die solche Spielzeuge haben, werden gute Anwärter für den Titel ‚Weib und Mutter‘ in dem bürgerlich-patriarchalischen Sinn dieser Worte. Aber nicht mehr.“ Auch die Sowjetpuppen atmen noch völlig diesen veralteten und sonst von der Regierung so streng bekämpften Geist. Die Puppen sind nicht nur „bürgerlich gekleidet“, sondern es gibt sogar solche, die Zaren und Mitglieder der Zarenfamilie darstellen. Diese „bürgerlichen Puppen“ sind anziehend gekleidet, während die proletarischen Puppen geradezu häßlich sind und aus den Negerpuppen „Idioten mit grotesken Gesichtern“ gemacht werden. Popow ist der Ansicht, daß das so nicht mehr weitergehen könne. „Wir müssen auf das entschiedenste gegen dieses reaktionäre, beleidigende und verderbliche Spielzeug Einspruch erheben. Das Sowjetspielzeug muß zu den Fragen des revolutionären Klassenkampfes in Beziehung stehen. Man zeige den Kindern abstoßende Karikaturen von Zaren, Kapitalisten, Priestern, Faschisten, Schulheuten und Sozialimperialisten. Man zeige ihnen die Gesichter der Kulaken, Neppleute, Bureaucraten und Konterrevolutionäre in ihrer ganzen Schenlichkeit. Man zeige unsere Freunde nicht in der bisherigen entstellenden Form. Man zeige Proletariats Europas, Amerikas, Afrikas und Asiens. Und statt der Wagen und der Hausgeräte brauchen wir Spielzeuge, in denen sich unsere technische Revolution widerspiegelt: Maschinen und Traktoren, Krane und Kraftwagen. Wir müssen endlich die Spielzeugherstellung selbst in die Hand nehmen. Die Spielzeugmacher müssen sich vereinigen und wir müssen große Fabriken für Spielzeug gründen. Wir müssen unter der Leitung des Unterrichtskomitees eine Organisation erhalten, die dem Geiste der Sowjetunion auch in dem weitesten und wichtigsten Bereich des Spielzeugs zum Siege verhilft.“

Allerlei Humor.

Das „Kombinäschen“. Vor dem Amtsgericht Breidenbach war die unverschämte Angela Straubinger, 31 Jahre alt, angeklagt wegen Gewerbsunzucht. Angela Straubinger leugnete verbissen. Zeugen hatte die Affäre nicht. Und die Aussage des Anzeigers, Oberwachmeisters Stürzel, lautete merkwürdig unsicher. Nach eingehendem Blättern in den Akten fand der Richter einen Vermerk und hielt ihn der Angeklagten triumphierend vor: „Da! Sie haben sich nackt fotografieren lassen.“ — Angela tigerwild: „Lüge! Ich hatte ein Kombinäschen an.“ — Der Richter: „Eine was?? — Harten Sie an??“ — „Ein Kombinäschen.“ Der Richter summt tief nach. Tut einen fragenden Blick auf den Beisitzer rechts, Klempnermeistersgattin Holz; sie zuckt die Achseln. Der Beisitzer links ist Breitenhändler und außerhalb seines eigenen, engsten Fachgebiets völlig unerfahren. Der Anwalt hat den größten Teil seiner Dienstzeit in Breidenbach vollbracht, vorher in Lupfingen. Da meldet sich der Verteidiger: „Ich will den Ausdruck verdeutlichen: ‚Hendhose!‘ — Meine Herren Richter! Sie werden meine Klientin nicht verurteilen, weil sie ein Kleidungsstück anhatte, das jedes brave Schulmädchen trägt.“

Bücher und Zeitschriften

Rechtspredung des Reichsarbeitsgerichts zum Betriebsrätgegeh. Bearbeitet von C. L. M. N. R. P. Verlag: Courcier, Berlin SO. 16. Preis 2 Mk., für Gewerkschaftsmitglieder 1 Mk. — Der Gesamtverband der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs hat diese Broschüre herausgegeben als Fortsetzung einer Sammlung der Entscheidungen des Reichsarbeitsgerichts über die gleiche Materie, die der Verkehrsband früher seinen Funktionären zur Verfügung gestellt hat. Aber den Wert einer solchen systematischen Sammlung von Entscheidungen des Reichsarbeitsgerichts kann es keine Meinungsverschiedenheit geben. Die Broschüre ist mit Schreibpapier durchschossen, so daß Raum vorhanden ist für handschriftliche Ergänzungen.

Nach der Sintflut. Von Upton Sinclair. Malit-Verlag, Berlin W. 50. Preis 2,80 Mk., in Leinen 4 Mk. — Der Verfasser entwirft in diesem Buch ein Bild von der Welt im Jahre 2000. Der technische Fortschritt hat eine unglaubliche Höhe erreicht. Einem Tages sprengt ein Verrückter die ganze Gesellschaft in die Luft. Nur elf Personen, die zur Zeit der Explosion in einem Flugzeug in der Luft schwebten, überleben. Das Leben dieser Miniaturmenschen bietet dem Verfasser den Stoff zu einer scharfsinnigen Gesellschaftskritik.

Der Bürger. Roman von Leonhard Frank. Malit-Verlag, Berlin W. 50. Preis in Leinen gebunden 5,50 Mk. — Der Bürger einer sorglosen Welt wird von der Sehnsucht nach dem Bruder aus der Tiefe, nach der sorgenreichen Welt des Proletariats erfaßt. Nach vielen Irrwegen und Mühsälen findet er endlich seinen Platz in der Armee der Masse, die für die Befreiung der Menschheit marschiert. Das Buch ist ein Ruf zur Besinnung und Erkenntnis.

Samuel, der Suchende. Roman von Upton Sinclair. Malit-Verlag, Berlin W. 50. Preis 2,80 Mk., in Leinen 4,80 Mk. — Dieses Buch gehört zu den besten Werken des großen amerikanischen Schriftstellers. Samuel ist in einem weltabgeschiedenen Dorfe aufgewachsen. Als junger Mann kommt er in eine große Industriestadt, wo er das Leben und die Welt kennenlernt. Und hier findet er auch Anschluß an den Befreiungstempel der Arbeiterschaft.

Die Holzflöher. Von Maxim Gorki. Malit-Verlag, Berlin W. 50. Preis in Leinen 5 Mk. — Das Buch enthält auf 506 Seiten 17 der besten Erzählungen des berühmten Dichters. (Eine davon werden wir demnächst in unserem Unterhaltungsbeilagen veröffentlichen.) Das Werk eignet sich vorzüglich zu Geschenkzwecken.

Keht' um. Roman von Robert Budzinski. Verlag: Der Bücherkreis G. m. b. H., Berlin S. W. 61, Belle-Alliance-Platz 7/8. Preis für Mitglieder des Bücherkreises 3 Mk., für Nichtmitglieder 4,80 Mk. — „Keht' um“ erzählt die Geschichte eines Menschen, der durch ein phantastisches Erlebnis, einen Überfall, sich in einen Arbeiter verwandelt und nunmehr seine alte, die bürgerlich-

kapitalistische Welt kritisch von unten sieht. Die Verwandlung erfolgt so gründlich, daß die gesellschaftliche Perspektive des Verwandten völlig die des Klassenbewußten Proletariats ist. Der Rahmen der Erzählung ist so weit gespannt, daß darin eine ganze Reihe aktueller Probleme ihre Beleuchtung erfahren. Die 102 Zeichnungen des Verfassers umspielen in der gleichen ironisch-satirischen Haltung die Themen und Nebenthemen des Rahmens. Zu größter aufklärerischer Wucht erheben sie sich in dem prachtvollen Zyklus von der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. — Mitgliederermeldungen sind zu richten an die Zentralstelle des Bücherkreises in Berlin oder an die örtliche Volksbuchhandlung.

So b. F. r. ch: Marsch auf Wien. Seltsame Erlebnisse des bayerischen Dorfschullehrers Florian Zukinger. Anzengruber, Verlag Brüder Eufschigky, Leipzig, Wien N. Preis kartoniert 2 Mk., Leinen 3,50 Mk. — Ein humoristischer Roman, recht vergnüglich zu lesen.

Zentralrentenkasse der Tischler usw., Hamburg

Abrechnung der Hauptkasse für Juni 1930.
Einnahme 33 825,50 Mk.
Ausgabe 17 132,86 „

Mehreinnahme 16 692,64 Mk.

L. H. M. a. l. c. h. o. w., Hauptkassierer.

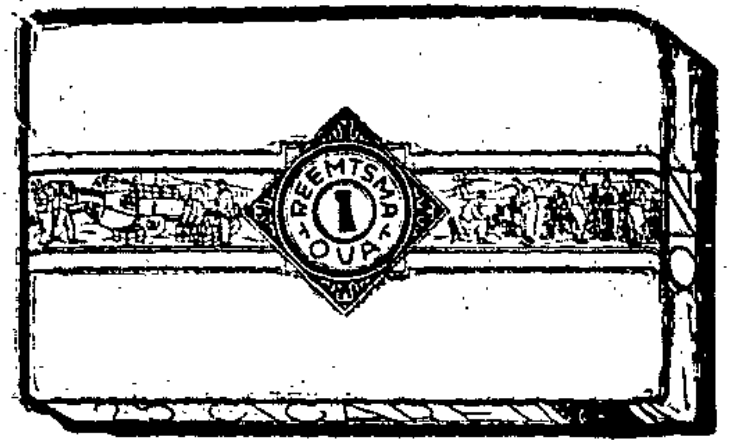
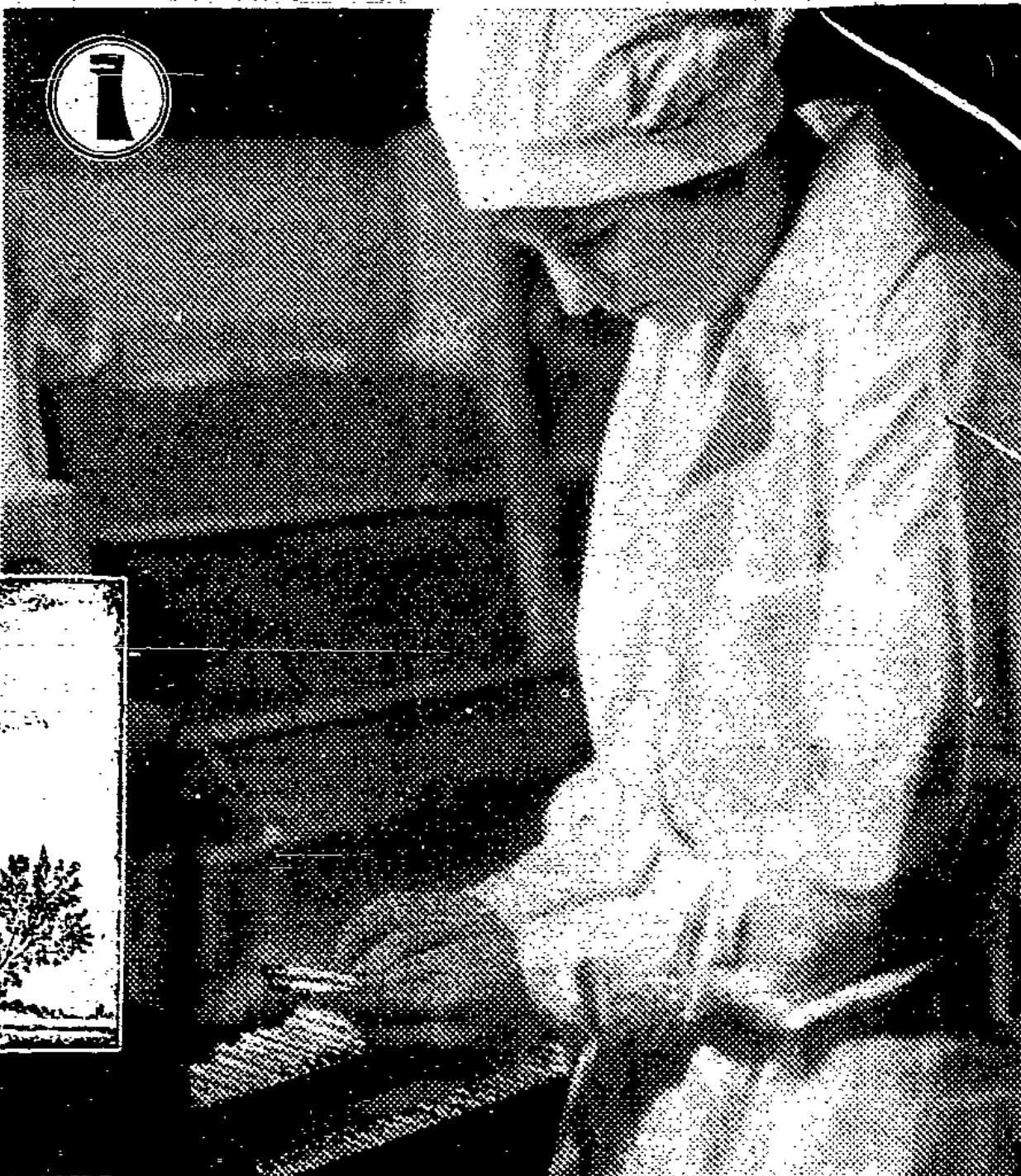
Den Ortsverwaltungen zur Mitteilung, daß die neuen Adressenverzeichnisse und die Liste der gewählten Abgeordneten zur Generalversammlung in Köln zum Versand gekommen sind. Der Vorstand.

Eine moderne Carmen

Seit der Zeit vor anderthalb Jahrhunderten als die berühmte Tabakarbeiterin Carmen in Sevilla alle Männerherzen eroberte, spielt bei der Cigarettenherstellung die Geschicklichkeit feinfühiger Mädchenhände eine große Rolle.



Prüfung des Stempelausdrucks



Der traditionelle Name unserer Mitarbeiterinnen ist **OVA-MÄDCHEN** denn ihre Cigarette heißt **REEMTSMA OVA** *Amsterdamerformat* **5 Pf.**

Alle vorwärtstrebenden Kollegen sind Leser des Fachblatt für Holzarbeiter

Tischlerfachschule Blankenburg (Harz)

Lehrer: Prof. Dr.-Ing. Klopfer, Ausbildung zum Werkmeister, Techniker, Innenausschleifer, Meister, etc. Maschinenpraktikum für Serienfertigung. Preis: 1200,- M. (inkl. Lebenshaltung).

Hobelbänke 70RM
Original-süddeutsche Hobelbänke 82 Mark, Werkzeug-Neuheiten.

Hobelbänke
Werkzeuge liefert zu billigsten Preisen.

Hobelbänke
Werkzeuge liefert zu billigsten Preisen.

Hobelbänke
Werkzeuge liefert zu billigsten Preisen.

Hobelbänke
Werkzeuge liefert zu billigsten Preisen.

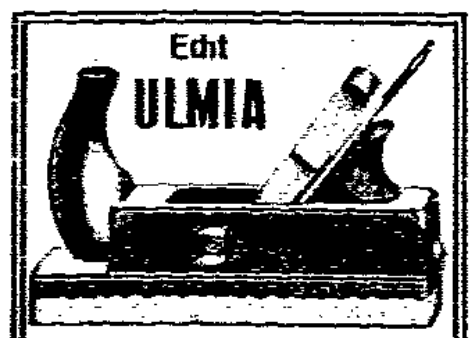
Hobelbänke
Werkzeuge liefert zu billigsten Preisen.

Hobelbänke
Werkzeuge liefert zu billigsten Preisen.

Hobelbänke
Werkzeuge liefert zu billigsten Preisen.

Schöne Intarsien für Möbel. Maxim. Weiß Leipzig, Köditz 28. **Leim- und Furnieröfen** fertigen als Spezialität v. 44 — Mk. an. Preisliste kostenlos. Lieferung franko. **Gebr. Bettinger, Freiberg i. B. 1**

Sprechmaschinen-Laufwerke
C. F. Loske, Hamburg 13 a, Schröderstraße 2b.



ULMIA
Echt. Preis: 1,50 Mk. Andere Werkzeuge auf Anfrage. Versand per Nachnahme.

Holzsammlungen
ausw. Holzarten, über 200 versch. Holzarten. Vollständiges Verzeichnis aller bekannten Holzarten u. Namen mit Proben zur Identifizierung.

Holzsammlungen
ausw. Holzarten, über 200 versch. Holzarten.

Holzsammlungen
ausw. Holzarten, über 200 versch. Holzarten.

Holzsammlungen
ausw. Holzarten, über 200 versch. Holzarten.

Holzsammlungen
ausw. Holzarten, über 200 versch. Holzarten.

Holzsammlungen
ausw. Holzarten, über 200 versch. Holzarten.

Echte extra starke Hienfong-Essenz
(Destillat) 1000fach bewahrt. 12 Flaschen Dtz. 4 Mk. bei 30 Flaschen 10 Mk. franko. Laborat. E. Walther, Halle-Trotha 84.

Billige böhmische Bettfedern!

1 Pfund grau, gute geschlossene Bettfedern 80 Pf., bessere Qualität 1 Mk., halbwisse Baumige 1,20 Mk., und 1,40 Mk., weisse Baumige, geschlossene 1,70 Mk., 2 Mk., 2,50 Mk., 3 Mk.; beste geschlossene **Halbbaum-Herrschaftsfedern** 4 Mk., 5 Mk., 6 Mk. **Rupffedern**, ungeschlossene, in Flaum gemengt, **halbwisse** 1,75 Mk., weisse 2,00 Mk., 3 Mk.; allerbeste **Flaumrupf** 3,50, 4,50 Mk. Versand jeder beliebigen Menge **zollfrei** gegen Nachnahme, von 10 Pfd. an franko. Muster und Preisliste kostenlos. **S. Benisch in Prag XII, Amerika ul. Nr. 26-180, Böhmen.**

So billig wie nirgends



Sauftwerte
Die Qualität, Doppelfeder schneidenwert (3 Stk. 30-cm-Platten tiefend) kompl. 25 cm Platteneller mit Filzbezug, Echlangentarm, Deckelstifte, la Spezialkaltlöse. Preis: 26 Mark. Prompte Lieferung. franko von D. Elze, Braunschweig, An der Petritische 2.

Reklame-Angebot!

modernes Tourenrad mit Freilauf und Rücktritt, la rote Bereifung, elektr. Lampe, 65 RM. Freilauf-Tourenrad, Ballon-Ausstattung und Ballon-Prima-Bereifung, elektr. Lampe, Glocke, 85 RM. Pumpe, Tragfähigkeit 300 Pfd., 6 Jahre schriftl. Garantie. **Teilhzahlung** 10 RM. Anzahlung 2,50 RM. Abzahlung 4. **W. Schlawe, Berlin D Weinmeisterstraße 4**

Reklame-Angebot!

modernes Tourenrad mit Freilauf und Rücktritt, la rote Bereifung, elektr. Lampe, 65 RM. Freilauf-Tourenrad, Ballon-Ausstattung und Ballon-Prima-Bereifung, elektr. Lampe, Glocke, 85 RM. Pumpe, Tragfähigkeit 300 Pfd., 6 Jahre schriftl. Garantie. **Teilhzahlung** 10 RM. Anzahlung 2,50 RM. Abzahlung 4. **W. Schlawe, Berlin D Weinmeisterstraße 4**

Der beste Putzhobel
mit stets kleinem Mund u. nachstellbarem Stell. Gebrauchsfertig unter Garantie. Ohne Nachholstoffe. 7,- Mk. franko. Mit echter Nachholstoffe 10,- Mk. Nachh. Sämtl. Tischlerwerkzeuge erhaltbar, preiswert. Prompte Lieferung. Preisliste gratis. **M. Messinger, Werkzeugfabrik Nürnberg.**

Sprechmaschinen-Laufwerke

komplett, fertig zum Einbauen, mit allem Zubehör von 26 Mk. an. Tonführungen aus Holz und Metall sowie **Hausuhren und Hausuhrwerke** nach Katalog von **Robert Husberg, Neuenrade Nr. 10**

Gute Manchesterhosen RM. 8,50
Beste Manchesterhosen RM. 11,50
Blaue Arbeitsanzüge, la Hausqualität RM. 7,00
Blaue Arbeitsanzüge, stärkste Dreifachqualität RM. 8,50

Einzelne Jacken oder Hosen je die Hälfte. — Versand gegen Nachnahme. Umtausch gestattet. Bei Nichtgefallen Geld zurück.
Rudi Vogel, Redwitz a. R. Eigene Fabrikation und Versand.

Reklame-Angebot!

modernes Tourenrad mit Freilauf und Rücktritt, la rote Bereifung, elektr. Lampe, 65 RM. Freilauf-Tourenrad, Ballon-Ausstattung und Ballon-Prima-Bereifung, elektr. Lampe, Glocke, 85 RM. Pumpe, Tragfähigkeit 300 Pfd., 6 Jahre schriftl. Garantie. **Teilhzahlung** 10 RM. Anzahlung 2,50 RM. Abzahlung 4. **W. Schlawe, Berlin D Weinmeisterstraße 4**

Qualitäts-Werkzeuge
Junge & Fröhlich
Leipzig C, Elsterstr. 10
Preisliste postfrei auf Anfrage!

Qualitäts-Werkzeuge

1887

1887

1887

1887

1887

1887

1887

1887